

Bezugspreis:

Vom 1.-8. September 1 Million Mark voraus zahlbar. Unter Streifenband vom 1.-8. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Deutsches u. Luxemburg 1500 000 Mk., für das übrige Ausland 1 750 000 Mk. Postbezugpreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingärten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 7. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Verkaufsstelle: Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kompatibilität kostet 800 000 Mk. Kleinanzeige 400 000 Mk. „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Preises 200 000 Mk. (zweifach) zwei jetzige Preise (Worte), jedes weitere Wort 100 000 Mk. Einseitige des jetzigen Preises 100 000 Mk. jedes weitere Wort 100 000 Mk. Zwei über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für 30 Tage 50 000 Mk.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Devisenerfassung - Währungsreform.

Um der sich verschärfenden Devisennot entgegenzutreten und vor allem die Schaffung eines ausreichenden Devisenfonds zur Stützung der Mark zu gewährleisten, hat sich die Reichsregierung entschlossen, neue Maßnahmen zur Erfassung der Devisen zu treffen. Heute, spätestens morgen, wird eine Verordnung erlassen werden, welche die Erfassung aller in der Wirtschaft vorhandenen und nicht für produktive Zwecke benötigten Devisen einem Reichskommissar für Devisenerfassung unterstellt.

Dieser hat die Aufgabe, die in Privat Händen befindlichen fremden Noten, Devisen, Edelmetalle und Rohstoffvorräte, soweit sie nicht zu produktiven Zwecken benötigt werden, dem Staate zuzuführen. Er darf solche Wertobjekte für verfallen erklären und hat die Ermächtigung, die Organe der Länder zur Durchführung seiner Aufgabe in Anspruch zu nehmen.

Die Verordnung geht von dem richtigen Standpunkt aus, daß jeder, der noch jetzt Devisen zur Sicherung seines eigenen Vermögens zurückhält, sich der Fahnenflucht in dem Ersten Kampf des deutschen Volkes schuldig macht. Der Devisenkommissar erhält daher weitestgehende Vollmachten, um gegen die widerrechtliche Zurückhaltung der Devisen vorgehen zu können.

Als Ganzes stellt die bevorstehende Verordnung eine Ergänzung zu der bereits in Kraft befindlichen Devisenabgabe dar. Sie erweitert den Kreis der abgabepflichtigen Devisenbesitzer ganz wesentlich. Bisher waren nur diejenigen zur Devisenabgabe verpflichtet, die Zwangsanleihe gezeichnet hatten. Die neue Verordnung wird die Handhabe bieten, allen Fällen von Devisen-zurückhaltung nachzugehen und sie wird ferner auch einen wesentlichen Teil derjenigen Vorräte an Devisen und ihnen gleichwertigen Sachwerten der Abgabepflicht unterwerfen, die nach der alten Verordnung zu recht einbehalten werden konnten, weil die vorgeschriebenen Ablieferungsfähigkeit erfüllt waren.

Umgehungen der neuen Devisenverordnung werden mit schroffen Vermögensstrafen verfolgt.

Der neue Sturz der Mark ist ein Symptom für die schwierige Befreiung Deutschlands. Das erschreckende Tempo, das der Marksturz in den letzten Tagen angenommen hat, erzeugt eine tiefgehende Beunruhigung in der Bevölkerung. Die Wirkungen der Markkatastrophe in den letzten Tagen der Regierung Cuno auf die Ernährung der Städte, die Versorgung der Arbeiterklasse sind noch zu frisch im Gedächtnis, als daß der neue Sturz der Mark nicht ähnliche Befürchtungen hervorrufen sollte. Die Befürchtungen, die an den neuen Marksturz geknüpft werden, sind jedoch unberechtigt, insofern sie die selben Folgeerscheinungen wie in den letzten Tagen der Regierung Cuno erwarten. Freilich hat die Absatzflucht und die wachsende Arbeitslosigkeit die soziale Lage der breiten Massen wesentlich verschlechtert. Die übrigen wirtschaftlichen Folgeerscheinungen aber sind nicht in dem Ausmaß des bei früheren Markstürzen Gewohnten zu erwarten. Heute sind wenigstens ausreichende Zahlungsmittel bereitgestellt. Eine so einschneidende Zahlungsmittelnot wie in den letzten Tagen der Regierung Cuno ist nicht zu befürchten. Die gleitenden Löhne werden rascher als zuvor der Markentwertung angepaßt. Die Ernährung der Städte ist nach den Versicherungen der Regierung unter allen Umständen gesichert. Die Regierung versichert weiter, daß sie jetzt im Besitz ausreichender Devisenmengen sei, um einen weiteren katastrophalen Sturz der Mark mit seinen sozialen und wirtschaftlichen Gefahren aufzuhalten. Schließlich hat sich die Regierung heute entschlossen, neben der Goldanleihe ein weiteres wertbeständiges Zahlungsmittel in Gestalt von stark fundierten Goldnoten einer neu zu errichtenden Goldnotenbank zu schaffen. Alle diese Maßnahmen allein vermögen aber nicht die berechtigten ersten Sorgen zu zerstreuen, die an unsere politische Gesamtlage und deren Auswirkung in unserer finanziellen und wirtschaftlichen Lage anknüpfen. Aus dieser ersten Lage gibt es keinen einfachen Ausweg, der in wenigen Tagen ins Freie führen könnte. Wenn sich die außenpolitische Lage des Reiches nicht sehr bald ändert, wenn die gewaltige Belastung des Reichsbudgets in der augenblicklichen politischen Situation nicht bald abgebaut werden kann, so werden auch die diktatorischsten Finanzmaßnahmen nur vorübergehende Erleichterung schaffen können, ohne die Gefahr einer schließlichen sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe endgültig zu bannen. Wer in dieser Situation seine Hoffnung auf eine einzige isolierte Finanz- oder währungspolitische Maßnahme setzt, die nicht in organischem Zusammenhang mit der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik gebracht wird, der wird sehr bald bitter enttäuscht werden müssen.

Die öffentliche Meinung fordert stürmisch die Schaffung einer Goldwährung, die Erlangung der Papiermark durch eine voll gedeckte wertbeständige Goldnote, die als Rechnungseinheit und als Zahlungsmittel dienen soll. Die Regierung hat sich entschlossen, die Vorbereitungen zu einer so großzügigen

Währungsreform in die Wege zu leiten. Sie beabsichtigt die Gründung einer autonomen Notenbank neben der Reichsbank mit privatem Kapital. Der Einfluß des Staates soll durch eine starke Beteiligung der Reichsbank, sowie durch eine gesetzlich festzulegende Staatsaufsicht gesichert werden. Diese Notenbank soll gegen Devisen und Goldwerte stark fundierte Goldnoten in gesetzlich festzulegendem Umfang ausgeben. Diese Maßnahme bedeutet einen ersten Schritt auf dem Wege zur Goldwährung. Der so beschrittene Weg kann dann weiter gegangen werden, wenn alle anderen gleichzeitig zu ergreifenden und durchzuführenden finanz- und währungspolitischen Maßnahmen wirksam werden. Diese Maßnahmen sind:

1. Ansammlung eines ausreichenden Devisenfonds zur Stützung der Papiermark. Da sich die bisherige Verordnung über die Einführung von Devisen als nicht ausreichend erwiesen hat, so hat heute das Reichskabinett gleichzeitig mit dem Plane einer Goldnotenbank eine neue verschärfte Devisenverordnung beschlossen. Ein Devisenkommissar wird ernannt werden, dessen Aufgabe es sein wird, die auf unrechtmäßige Weise erworbenen Devisen zu erfassen und dem Reiche zuzuführen. Wenn nötig, werden weitere Zwangsmaßnahmen erfolgen.

2. Abbau der Ausgaben Seite des Reichsbudgets. Hier hängt alles ab von einer erfolgreichen Außenpolitik der Regierung. Der Reichszentraler bemüht sich mit aller Energie um die Besserung der außenpolitischen Situation. Zugleich wird die Einschränkung der Kredite, die bisher in größtem Ausmaß auf Kosten des Reiches gegeben worden sind, ins Auge gefaßt werden müssen.

3. Umstellung der Veranlagung und Erhebung der Steuern auf Gold. Gesekentwürfe zur Durchführung dieser Maßnahmen werden im Reichsfinanzministerium vorbereitet.

Solange diese Maßnahmen nicht wirksam werden, ist an eine endgültige Erlangung der Papiermark durch Goldwährung nicht zu denken. Es wäre eine Utopie, in der heutigen politischen und wirtschaftlichen und finanziellen Situation des Reiches von einer einfach technischen rechnerischen Maßnahme, wie sie die kurzfristige Erlangung der Papiermark durch eine nur fiktive Goldmark sein würde, die Befundung unseres Finanzsystems zu erwarten, ohne daß gleichzeitig das Reichsbudget stabilisiert und damit die Quelle der Inflation verstopft wird. Wenn jetzt in begrenztem Umfang Goldnoten ausgegeben werden, so bedeutet das nicht, daß sich nummehr schlagartig in kürzester Frist der gesamte Zahlungs-

verkehr und vor allem der Lohnzahlungsverkehr in Goldnoten vollziehen wird. Der Anteil der Goldnoten am Gesamtzahlungsverkehr wird wachsen mit der zunehmenden Sanierung unseres gesamten Finanzsystems und mit der Besserung unserer politischen Gesamtlage. Solange der Gesundungsprozess jedoch nicht zum Gleichgewicht in unserem Staatshaushalt geführt haben wird, solange wird auch die Papiermark unentbehrlich sein. Von der Kraft der Gemeinschaften in den sozialen Auseinandersetzungen während des Gesundungsprozesses wird es abhängen, ein wie großer Teil des Goldnotenverkehrs auf den Lohnzahlungsverkehr entfallen wird.

Die Forderung Schaffung einer Goldwährung ist im Grunde genommen nur ein anderer Ausdruck für die Forderung: Stabilisierung der Mark. Und diese Forderung ist wieder dieselbe, wie die nach der Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt. Das aber ist die Generalforderung der Befundung und Rettung Deutschlands, seiner Bevölkerung, seiner Wirtschaft, die nur zu erfüllen ist durch die Anspannung aller politischen Kräfte auf dem Gebiete der äußeren wie der inneren, der Finanz- wie der Wirtschaftspolitik. Die Vorbereitung zur Schaffung eines goldgedeckten Zahlungsmittels, zu der sich die Regierung entschlossen hat, ist eine Maßnahme aus dem Kreise der vielen großen Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müssen. Daß die Regierung jetzt auch diesen Weg geht, zeigt ihren Willen, kein zweckdienliches Mittel unversucht zu lassen. Wenn sie von diesem Eingriff allein sich nicht das Heil verspricht, sondern sofort mit dem energischsten diktatorischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Erfassung der Devisen vorgeht und gleichzeitig den Abbau der Reichsausgaben und die Bereidung der Steuern ins Auge faßt, so erfüllt sie nur ihre Pflicht. Es ist ihre Aufgabe, nicht lediglich währungspolitische Kunst- und Schaufstücke zu liefern, sondern in ernster umfassender Arbeit eine Reform an Haupt und Gliedern durchzuführen.

Die Mark in New York.

An der New Yorker Börse stellte sich die Mark gestern abend wesentlich schlechter als nach dem Berliner amtlichen Kurs, aber immerhin noch besser als nach den Notierungen des nachbörserlichen Berliner Freiverkehrs, bei dem der Dollar mit 46 Millionen Mark genannt wurde. Die Umrechnung des New Yorker Schlusskurses ergibt nach dem Geldkurs einen Preis von 44,4 nach dem Briefkurs einen solchen von 36,36 Millionen Mark für den Dollar.

Eine neue Kanzlerrede.

Vor den Vertretern der Auslandspresse.

Der Verein der ausländischen Presse veranstaltete gestern abend im Hotel Adlon zu Ehren des Reichszentralers Dr. Stresemann ein Abendessen. Nach einigen herzlichen Worten der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Vereins J. A. del Bago dankte der

Reichszentraler Dr. Stresemann.

von den Anwesenden lebhaft mit Handklatichen begrüßt, für die freundliche Einladung und führte hierauf etwa aus:

„Seitdem verengt haben sich die Beziehungen der Völker, seitdem große Kriege die Nationen erschüttert haben. Die Zahl der Menschen, die durch Reisen von einem Lande in das andere die Beziehungen der Nationen zueinander verkörpern, sind kleiner geworden. Fast scheint es, als wenn der Gedanke der Universalität der Menschheit durch den Gedanken eines eng begrenzten Nationalismus in der Gegenwart erlosch werden soll. In einer solchen Zeit ist es mir besonders angenehm, in einem Kreise von Persönlichkeiten zu sprechen, die diese Universalität der Völker verkörpern und die hier in der Hauptstadt eines großen Landes gleichzeitig den Zusammenstrom der Meinungen der Völker in sich veranschaulichen und den Blick weit hinaus lenken über die Geschehnisse des einen Volkes zu Ereignissen, die alle Menschen bewegen.“

Der Kanzler erinnert in diesem Zusammenhang an das Regierungsjubiläum der holländischen Königin, dessen auch das deutsche Volk gedenke im Hinblick auf die Freundschaft, die Holland den Deutschen während des Krieges erwiesen habe. Dann fuhr Dr. Stresemann fort:

Sollte dieser Gedanke nicht auch unseren Blick auf andere Länder lenken lassen? Wir sind Mitbetroffene eines Ereignisses, das, ich glaube - so oft das Wort auch mißbraucht worden ist -, die Welt noch nicht gesehen hat: des

furchtbaren Angriffs, das über Japan gekommen ist.

Ich finde keine Worte, um auszudrücken, wie furchtbar das Geschehnis ist, das hier ein Volk betroffen hat. Aus aller Zeit der Menschheit klingt ein Wort zu uns herüber, aus dem alten Griechenland, das den Menschen preist als die Krönung der Schöpfung: dieses Ge-

schickte lebt, doch nichts, was gewaltiger ist als der Mensch! Wie klein kommt uns dieser Mensch vor, gemessen an dem Geschick, das über Japan hereinbricht. Was sind Menschen, was ist Volk, was ist Staat, was ist ein Teil der Erde und der Menschheit, wenn ein Erdstöß alles zusammenbrechen läßt, was hier Jahrzehnte, was hier Jahrhunderte geschaffen haben. Was sind die Hoffnungen, was sind die Entwürfe des Menschengeschlechts, angesichts dieser Ereignisse. Es gibt ein Höheres, ein für uns unerforschliches, das da eingreift in die Dinge und der sich so stolz dünkende Mensch, der da glaubt, der gewaltigste zu sein auf dieser Erde, steht mit einem Male seine Kleinheit angesichts dieser Dinge.

Vielleicht regt es den einen oder den anderen dazu an, sich zu fragen und sich zu erinnern, ob wir nicht angesichts dessen, was hier an Menschenwerk zerstört ist, wenigstens erhalten sollten, alles Menschenwert da, wo das Schicksal noch in unsere Hand gegeben ist.

In einem einfind wir Herren unseres Schicksals: das ist das Verhältnis der Völker zu einander.

Dieses Verhältnis der Völker, das auch durch das Erdbeben eines großen Weltkrieges erschüttert worden ist, das aber heute uns noch keine Stöße fühlen läßt, wenn wir nicht in der Lage sind hervorzutreten, der Nachwirkungen, die aus diesen großen Zerstörungen der Menschheit zurückgeblieben sind, ich meine, diejenigen würden sich vollkommen irren, die da glauben, daß wir in Zeiten ruhiger normaler Entwicklung der Völker leben. Ich dünke, als wenn die Zeit, in der wir leben, nur einer Zeit in der Weltgeschichte vergleichbar ist, nämlich der Zeit von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongress, die mit der Revolution begann und über den Weltkrieg zum Frieden führte. Diesmal war die Revolution anders. Mit dem Balkankrieg begann die große militärische Explosion eines Zeitalters, sie führte zur Revolution, und vor uns steht das Fragezeichen: Wann kommt nach Krieg und Revolution der Friede? Soll es abermals 25 Jahre dauern, ehe die Welt sich wieder zusammenschließt zur friedlichen Entwicklung des Menschengeschlechts, oder sollen wir alle lediglich Objekte der großen Erschütterung bleiben, die über Europa hinaus unser soziales, unser politisches und unser

geistiges Leben leidet? Täuschen wir uns nicht darüber: Das Zeitalter, in dem wir leben, ist ein

Zeitalter der Revolution.

ein Zeitalter der sozialen Revolution. Nie wurde so in der Menschheit gerungen um die Gedanken der Staatsform und der Staatsführung, nie haben die Klassen so miteinander gerungen. Wir sehen alte Klassen verschwinden, die so hoch standen wie auf einem Chimborasso, und die jetzt daniedergerunken sind. Wir sehen den Kampf, in dem eine Klasse versucht, allein zu regieren, entgegen dem Gedanken, daß die Kultur der Völker sich nur aufbauen kann auf dem Zusammenwirken aller Klassen. Wir sehen den Kampf zwischen Demokratie und Aristokratie. Wir sehen den Kampf zwischen dem Bolschewismus hier und hören den Ruf nach der Diktatur auf der anderen Seite. Nie war ein Zeitalter so gärend, sich so sehnd nach dem Neuen, wie dieses Zeitalter, in dem wir leben.

Der Schluß der Rede lag bei Redaktionschluss noch nicht vor.

Last den Kanzler arbeiten!

W.B. schreibt: In den letzten Tagen haben zahlreiche Abordnungen usw. einen Empfang beim Reichskanzler nachgelehrt. Der Reichskanzler ist jedoch zurzeit wegen überaus starker Inanspruchnahme durch bringende Dienstgeschäfte nicht in der Lage, Abordnungen und Einzelpersonen außer in den allerdringendsten Fällen, persönlich zu empfangen. Er läßt darum bitten, dieser Sachlage Rechnung zu tragen und sich gegebenenfalls unmittelbar an die zuständigen Ressorts zu wenden.

Kampf um den Ruhrkampf.

In einer Auseinandersetzung mit der deutschnationalen Presse über die Aussichten des Ruhrkampfes schreibt die deutschvölkische „Zeit“:

Wenn man an die Januarfrage zurückdenkt, dann wird man sich auch daran erinnern, daß damals wohl niemand einen so langen Kampf erwartet hat, wie wir ihn jetzt immer führen. Auch die Cuno'sche Regierung hat keinen Augenblick angenommen, daß der Abwehrkampf mit Hilfe des passiven Widerstandes länger als vielleicht drei Monate in Anspruch nehmen würde. In dieser Annahme wurde auch die Stützungsaktion für die Ruhrunternehmen, um auf diese Weise die erforderliche Munition für die Fortführung des Kampfes zu gewinnen. Leider hat sich die Rechnung als irrtümlich erwiesen, und infolgedessen war auch die Stützungsaktion vergeblich. Leider auch hat sie einen sehr beträchtlichen Teil des Goldbestandes der Reichsbank aufgezehrt, und wir sind heute auch in dieser Hinsicht schwächer als damals. Unter solchen Umständen muß man sich jetzt zwei Fragen vorlegen: Kann der Ruhrkampf gewonnen werden mit machtpolitischen Mitteln oder soll er beendet werden durch eine wirtschaftliche und finanzielle Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich?

Die „Zeit“ macht weiter darauf aufmerksam, daß mit machtpolitischen Mitteln der Kampf nicht weitergeführt werden kann, wie selbst von völkischen Blättern anerkannt werde:

Es bleibt uns also nur die Fortführung des passiven Widerstandes bis zu dem Augenblick, in dem es gelingt, den Rhein- und Ruhrkampf auf ehrenvolle Weise und unter ehrenvollen Bedingungen durch eine wirtschaftliche und finanzielle Verständigung der beiden in Betracht kommenden Mächte seinem Ende entgegenzuführen. Er soll und wird mit allen verfügbaren Mitteln fortgesetzt werden, bis er seinen Zweck erfüllt hat. Aber auf der anderen Seite liegt es in der Natur eines solchen Kampfes, daß der passive Widerstand eines ganzen Volkes nicht von unbegrenzter Dauer sein kann. Da mit machtpolitischen Mitteln, mit offenem Kampf nichts zu erreichen ist, muß dahin gestrebt werden, den Kampf an Rhein und Ruhr so bald wie möglich zu beenden. Denn auch darüber darf man sich keiner Täuschung mehr hingeben, daß man dort im Kampfgebiet selbst einer jeden deutschen Regierung dankbar sein wird, die in der Lage ist, ein Ende unter ehrenvollen Bedingungen herbeizuführen.

Diese Stimmen aus dem Lager der Deutschen Volkspartei zu hören, ist nicht ohne Interesse. Besonders, wenn man sie

Tauschhandel.

Von Karl Fischer.

Die Leute auf dem Lande sind von jeher Viehhäber der Devisen gewesen: immer langsam voran!

Alles, was auch nur im entferntesten nach Fortschritt roch, haben sie nicht respektiert. Sie hassen die Hege, von der wir armen Großstädter getrieben und tyrannisiert werden, nur um das bishigen Brot, das jeder notwendig braucht, nach Hause zu bringen.

Die Leute auf dem Lande aber lieben das Primitiv.

Die Postkutsche und die Petroleumlampe sind ihre Ideale.

Abhand der Haft von D-Zug und Untergrundbahn, die von ihnen, ebenso wie das Luftschiff und das Flugzeug, für eine Erfindung des Teufels gehalten worden, loben sie sich die Behäßigkeit, Behaglichkeit und Ruhe.

Wie richtig solche Ansichten sind, kann man am besten an ihnen selbst erkennen, die alle schon rundlich sind, was allerdings wohl nicht lediglich darauf zurückzuführen ist, daß sie nicht, wie wir, tagaus, tagein in der Untergrundbahn herumkutschieren, sondern darauf, daß ihre Nahrung eine — raffigere ist und daß sie es für heilsamer halten, Speck, Butter, Eier und Schweinefleisch zu essen als Margarine und magere Suppen.

Aber auch sonst sind die Leute auf dem Lande mit aller ihrer Primitivität uns überlegen. Wir probieren und prüfen wer weiß wie lange schon, wie wir unsere Baluta verbessern und unsere Mark aus dem Abgrund auf die Höhe heben können.

Die Leute auf dem Lande aber lassen uns aus.

Das Geld ist für sie eine Sache, die sich längst überlebt hat, und die Papiermark ein Plunder, von dem sie mit ihren alten, einfachen Sitten sich längst losgefagt haben.

Allerdings einen kleinen Haken hat diese hochberzige Abkehr von der Mark, diese Verachtung des Geldes, die auf eine ideale Gesinnung schließen läßt.

Eine Unstimmigkeit steckt dazwischen, und das ist so ähnlich wie das roffe und rundliche Aussehen der Leute auf dem Lande und das Speckessen im Vergleich zum Untergrundfahren und Margarineessen. Der Vergleich hinkt, und es hapert damit.

Die Leute auf dem Lande verachten nämlich das Geld, weil sie alle Körbe und Kisten davon voll haben.

Indessen, wer wird von solchen Winzigkeiten weiß ich was für Wesen machen.

Und nun predigen uns die Leute auf dem Lande: führt uns zurück zur Primitivität, wendet euch ab vom Geld, wenn ihr wieder gesund werden wollt, haltet hoch die alten einfachen Sitten, da man Geld überhaupt noch nicht kannte. Es lebe der Tauschhandel!

Und kommt man heute auf das Land und bestellt um ein paar Eier, ein bißchen Butter oder Speck und man denkt in seiner Herzenseinigkeit, mein Gott, die eigenen Landleute werden dich doch

mit denen aus der „Bos. Ztg.“ zusammenhält, die wir im letzten Abendblatt zitierten. Es ist sicher von symptomatischer Bedeutung, wenn die „Zeit“ zu dem Schlusse kommt, daß, wer die internationalen Verhältnisse in ihrem Zusammenhange übersehe, und wer ferner wisse, welche Entwicklung die Dinge im besetzten Gebiet, namentlich im Laufe der letzten Zeit, genommen haben, der werde zu der Auffassung kommen müssen, daß eine Beendigung des Ruhrkampfes im geschichtlichen Sinn in hohem Grade wünschenswert ist. Wer daran zweifelt, solle sich einmal an Ort und Stelle im Rheinland umsehen. . . .!

Syndikalistischer Arbeiterverrat.

Elberfeld, 6. September. (W.B.) Ueber die Verhandlungen der Syndikalisten mit französischen Behörden über die Arbeit auf den Zechen für die Franzosen berichtet die kommunistische „Gesellschaftlicher Arbeiterzeitung“ (Erfahrungsbild des Ruhr-Echo), daß die französischen Behörden von den deutschen Bergarbeitern forderten: 1. daß die Betriebsräte ihr Mandat niederlegten, 2. daß zwei Drittel der Beamtinnen bereit seien, unter französischer Regie zu arbeiten, 3. daß vierzig Prozent der Förderung an die Rheinlandkommission als Reparationsteilung abgeführt würden. Das Blatt schreibt hierzu: Diese Bedingungen zeigen deutlich genug den Pferdefuß der französischen Ausbeuter und ihrer Vollzugsorgane!

Amerikaner als Opfer der Soldateska.

Frankfurt a. M., 6. September. (W.B.) Wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, wurden gestern auf dem Bahnhof Neustadt (Hof) ein Amerikaner und seine Schwester, beide in vorgerücktem Alter, verhaftet, weil sie nach amerikanischer Sitte die Gleise überschritten wollten. Sie wurden zur französischen Bahnhofspolizei geschleppt und dort in grausamster Weise geschlagen und getreten, so daß sie erhebliche Verletzungen erlitten.

Die Nachrichten über die frankobelgische Gedräuberei an Kassenbötten, Notentransporten, Stadtkassen, Erwerbslosenunterstützungsgeldern usw. lassen sich ebenso wenig einzeln verzeichnen wie die Verhaftungen, Mißhandlungen, Ausweisungen und Sanktionen. Der Zwang auf Zeitungen, Bekanntmachungen der Besatzung über ihr Vorfahren am 9. September in Dortmund mehrmals abzufragen, ist gewiß auch nur eine Maßnahme für die Sicherheit der Truppen! Die Jüge müssen Sonntag überall halten, damit die Landbevölkerung zu dem Rennen fahren kann, die Straßenbahn muß Wagen stellen und der Reinertag soll — der Stadt Dortmund für wohltätige Zwecke zuzuführen; sie hat von vornherein die Annahme abgelehnt. Wird man sie auch dafür mit Sanktionen belegen? Dann könnte ja der Reinertag zur Bezahlung verwendet werden!

Die Vorauszahlung der Gehälter.

Ein befristetes Gesetz.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag unter Vorsitz des Vizekanzlers Schmidt eine öffentliche Vollsitzung ab. Unter den eingegangenen Vorlagen befindet sich eine Novelle zum Bantgesetz.

Außer kleineren Gegenständen wurde das Gesetz über die vorübergehende Aufhebung von vierteljährlichen Gehaltszahlungen an Beamte erlegt. Der erste Paragraph dieses Gesetzes ermächtigt die Reichsregierung, die Bestimmung des Reichsbeamtenbeförderungsgesetzes über vierteljährliche Vorauszahlung der Gehälter vorübergehend aufzuheben. Die Reichsregierung beabsichtigt vorläufig eine monatliche Vorauszahlung einzuführen. Nach § 2 des Entwurfs sollen die Länder, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften dieselben Befugnisse erhalten wie die Reichsregierung. Um zu vermeiden, daß zur Erzielung einer Gleichmäßigkeit mit der Praxis der Reichsregierung erst besondere Gesetze in den Einzelstaaten erlassen werden müssen, die möglicherweise bis zum 1. Oktober nicht mehr zustande kommen, haben die Ausschüsse des Reichsrats die betreffende Bestimmung für Länder, Gemeinden und öffentliche Körperschaften obligatorisch gemacht. Das Gesetz wird in Kraft treten mit dem Tage, der auf der Verkündung im Reichsgesetzblatt folgt.

Während die Regierungsvorlage der Regierung den Zeitpunkt des Außerkräfttretens des Gesetzes überlassen wollte, haben die Aus-

schüsse das Gesetz bis zum 31. März 1925 befristet. Die Regierung aber kann es zu einem früheren Zeitpunkt außer Kraft treten lassen. Dadurch soll zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich nur um ein vorübergehendes Gesetz handelt und keine dauernde Schmälerung der Rechte der Beamten beabsichtigt ist.

Die Vollversammlung des Reichsrats schloß sich den Ausschüssen an. Auf Wunsch mehrerer Länder soll die Reichsregierung ersucht werden, die Vorauszahlung der Bezüge halbmonatlich vorzunehmen.

Angenommen wurde noch ein dritter Nachtragsetat für 1923. Danach wird der Finanzminister ermächtigt, zur Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse weitere zehn Billionen Schuldverschreibungen auszugeben und zur Beschaffung von Brotgetreide einen Kredit von 1200 Billionen zu eröffnen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages tritt am Freitag um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um sich über die Abänderung der Vierteljahrsvorauszahlungen der Beamtenegehälter schlüssig zu werden.

Zeigner gegen Gessler.

Dresden, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsische Regierung setzt ihren Kampf gegen den Reichswehrminister fort. Sie hat sich dazu veranlaßt gesehen durch die sonderbaren Erklärungen Gesslers auf den ersten Angriff in der Öffentlichkeit. Vor allem wird jetzt festgestellt, daß das Reichswehrkommando IV tatsächlich die dienstlichen Beziehungen zur sächsischen Regierung abgebrochen hat. Ausdrücklich erklärt die sächsische Regierung, daß sie von ihrem Vorwurf, die Erklärungen des Reichswehrministers seien unklar, nichts zurückzunehmen habe. Außerdem heißt es in ihrer neuesten Erklärung wörtlich: „Daß übrigens vollkommene politische Unmöglichkeiten“ beim Kabinett Cuno — dem ja auch Dr. Gessler angehört — nicht ausgeschlossen waren, kann schon aus folgendem entnommen werden: Die „Neue Berliner Zeitung“ vom 3. September 1923 brachte die Nachricht, daß Cuno den sächsischen Ministerpräsidenten habe verhaften und ihm den sächsischen Prozeß wegen Landesverrats habe machen lassen wollen. Diese Meldung ist zutreffend. Jener Verhaftungsplan wurde ja gerade wegen der Veröffentlichung des sächsischen Ministerpräsidenten über die Reichswehr gestiftet, wegen deren dann auch das Verbot an die Reichswehr erging, an der Verfassungsfeier teilzunehmen. Für den Fall, daß die Berliner Stellen diese Dinge wiederum abstreiten oder Mißverständnisse behaupten sollten, kann schon jetzt erklärt werden, daß die sächsische Regierung behauptet, ihre Richtigkeit nachweisen zu können.“

Bayern und die Steuern.

Löst den Ruhrkonflikt, wir verteidigen die Lösungsmittel!

München, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Beratungen der Fraktion der Bayerischen Volkspartei wurden den ganzen Donnerstag hindurch fortgeführt. Das Problem der neuen Steuern wurde zunächst in der Richtung des Dr. Heim erörtert, der durch eine Staroperation auf beiden Augen von der persönlichen Teilnahme an der Konferenz abgehalten war. Darüber hinaus aber war man einmütig der Auffassung, daß die Finanz- und Währungsnot überhaupt nicht durch Steuern behoben werden könne, sondern daß die innere Sanierung Deutschlands nur durch Herbeiführung einer aktiven Handelsbilanz, durch größtmögliche Einschränkungen im Staatshaushalt und durch erhöhte Arbeitsleistung des ganzen deutschen Volkes zu sichern sei. Die notwendige Voraussetzung erblidete man in der Befreiung der deutschen Wirtschaft von der feindlichen Besatzung und von diesem Gesichtspunkte aus wird der Ruhrkonflikt als der entscheidende Faktor auch der Innenpolitik angesehen.

Die Lösung des Ruhrkonflikts

wird deshalb in kürzester Frist für absolut notwendig erachtet und man rechnet bereits damit, daß die Regierung Stresemann die Lösung nicht mehr lange hinauschieben wird. Einem etwaigen Plan der Reichsregierung in der Reparationsfrage, den ehemaligen Feinden eine Garantie der deutschen Wirtschaft durch Eröffnung der Sachverhalte zu bieten, kündigt die Bayerische Volkspartei den schärfsten Kampf an. Dieser Kampf ertönt sich auf alle Steuer- und Finanzmaßnahmen, die in irgendwelcher Form eine, wenn auch nur teilweise Verwirklichung von Sozialisierungsplänen bedeuten.

nicht in Elend und Hunger lassen, dann hört man: Ja, das können sie alles haben, aber nicht für Geld, sondern für Gold.

Wagt man schließlich zu bemerken, daß man doch kein Goldgeld besitzt, dann heißt es: Na, sie haben doch goldene Uhren und Ringe und Broschen. Man immer her damit, dann gibt es Eier und Butter und Speck.

Es sind eben liebe Menschen, die Leute auf dem Lande!

Im Krieg hat man einst gesagt: An deutschem Wesen wird einst die Welt genesen!

Na, das war ja nun nicht ganz richtig, und es ist ein ganz klein bißchen anders herum gekommen.

Heute jedoch darf man kühn konstatieren: seht die Leute auf dem Lande, diese einfachen, guten, alten Sitten! An deren Wesen wird einst Deutschland genesen!

Die deutsche Sonnenfinsternisexpedition. Der 10. September wird hoffentlich mit der Ueberprüfung der Relativitätstheorie durch die deutsche Sonnenfinsternisexpedition in Mexiko die Lösung der Rätsel bringen, die bei den Sonnenfinsternissen der letzten Jahre übriggeblieben sind. Die Expedition, die vollkommen von der Gostfreundlichkeit der mexikanischen Regierung seit ihrer Abreise aus Hamburg, 11. Juli 1923, unterhalten wird, hat aber noch weitere Ziele. Diese gelten insbesondere den Arbeiten von Prof. Ludendorff, dem Direktor des astro-physikalischen Observatoriums in Potsdam. Es handelt sich hier um eine chemische Analyse der Sonnenatmosphäre auf dem Wege photographischer Aufnahmen des Sonnenspektrums, also um die Gewinnung tieferer Aufschlüsse über den physikalischen Zustand der Sonne, vor allem über seine Beziehungen zu den Nordlichtern und magnetischen Störungen auf der Erde. Den Einfluß-Effekt wird Dr. A. Kohlschütter vom Potsdamer Observatorium untersuchen. Daß Einstein mit seiner Rechnung im Rechte ist, daß der an der Sonne vorübergehende Lichtstrahl tatsächlich in eine krumme Bahn abgelenkt wird, daran ist nach den Beobachtungen der Engländer 1919 und der Amerikaner 1922 nicht mehr zu zweifeln. Ueber die Größe dieser Ablenkung aber gehen die Rechnungen noch auseinander. Der erste Forscher, der eine solche Lichtablenkung vor mehr als 100 Jahren behauptet hatte, Soldner, berechnete sie auf 0,85 Bogensekunden. Einstein ist auf einen Koeffizienten von 1,75 gekommen: um diesen Wert in Bogensekunden soll ein Fiktur, der von uns aus dicht am Sonnenrande erscheint, radikal von ihr fortgeschoben gemessen werden, verglichen mit seinem gewöhnlichen Ort am Himmel. Die amerikanische Expedition hat im vorigen Jahre in Australien den Einsteinschen Wert bestätigt. Trotzdem ist seine genauere Bestimmung und die Messung der Verbiegung in verschiedenen Abständen von der Sonne nötig.

Die Geheimschrift mit der Schreibmaschine. Die Geheimschriften haben in letzter Zeit immer mehr Bedeutung erlangt, nicht nur durch den Krieg, wo sie sich als wichtiges Handwerkszeug der Diplomatie erwiesen, sondern auch im wirtschaftlichen Leben, wo sich der Kaufmann nicht mit den üblichen Telegraphen-Codes begnügen kann, wenn er die Geheimhaltung wichtiger Mitteilungen gewahrt wissen will. Bei den zahllosen Systemen für Geheimschriften war es aber

bisher doch immerhin nicht unmöglich, den Schlüssel zu finden und die Entschiffung vorzunehmen. Man hat damit bei dem Nachrichtenbiedel des Weltkrieges trübe Erfahrungen gemacht. Nunmehr ist es gelungen, die Entschiffung durch Unbefugte unmöglich zu machen durch die Erfindung einer Chiffriermaschine, über die Friedrich Hansen in der „Umschau“ berichtet. Die Maschine, die das Chiffrieren und Entschiffen in ein wissenschaftlich-technisches System bringt, hat die Form einer Schreibmaschine und ist so konstruiert, daß sie durch sinnreiche Kombinationen von Zahnrädern und elektrischen Kontakten es ermöglicht, aus einer einfachen Schrift über Tausend Buchstaben hinweg Perioden von Buchstabenänderungen vorzunehmen, so daß eine unbefugte Entschiffung unmöglich ist. Es können nämlich nicht weniger als 22 Milliarden Schlüssel eingestellt werden. Ist ein solcher Schlüssel eingestellt und der Antriebsmotor eingeschaltet, so kann man auf der Maschine wie auf einer Schreibmaschine schreiben, und die niedergeschriebenen Buchstaben werden selbsttätig so geändert, daß einem Buchstaben jedesmal ein Chiffrierbuchstabe entspricht. Eine solche chiffrirte Mitteilung bildet eine völlig sinnlose Buchstabenfolge von 5 Buchstaben, wobei niemand weiß, wo ein Wort anfängt oder aufhört; die Chiffrierung aber ist ganz einfach. Es wird nur der zwischen beiden Korrespondenten vereinbarte Schlüssel eingestellt, und dann tippt die Schreibmaschine die sinnlose Buchstabenreihe einfach hintereinander ab, worauf der richtige Wortlaut mit allen Zwischenräumen, Zeichen, einzelnen Worten, Zahlen usw. erscheint. Diese neue Chiffriermaschine, ein Meisterwerk deutscher Technik, ist nicht für den diplomatischen Verkehr, sondern auch für Banken, Schiffsahrtsgesellschaften usw. von allergrößter Wichtigkeit, und auch die Anforderungen im Postbetriebe werden dadurch in vollem Umfange erfüllt.

Eine New Yorker „Freie Bühne“. Unter den 60 Theatern, die New York besitzt, hat sich nach dem Kriege eine neubegründete Bühne in künstlerischer Beziehung rasch die erste Stelle erobert. Es ist das Garrick-Theater in der 35. Straße, das bescheidene Heim der berühmten Theatergilde von New York. Diese Gesellschaft von Schriftstellern und Schauspielern, die sich 1919 zusammantat, besitzt für das Theaterleben der Vereinigten Staaten etwa dieselbe Bedeutung, die die „Freie Bühne“ seinerzeit in Paris und Berlin erlangte. Eine neue Theaterkunst, vor allem aber auch eine neue künstlerische Gesinnung ist von diesem kleinen Theater ausgegangen. Die Gilde bietet ihren Abonnenten sechs Aufführungen während der Saison, von denen fünf Kassenstücke sein sollen; die sechste Uraufführung ist einem kühnen Versuch vorbehalten, der nur an wenigen Nachmittagen gespielt wird. Durch diese Neuaufführungen ist die Bühne insofern, stets ein wechselndes Repertoire zu bieten, während fast alle anderen New Yorker Theater ein einziges Stück die ganze Saison hindurch geben. Die Bühne, die gegenwärtig 5000 Abonnenten hat, wird in der neuen Saison es auf 19 000 bringen. Ihre größte künstlerische Tat vollbrachte die Gilde mit der Aufführung von Shaws riesigem Drama „Jura zu Reihusaf“, das über drei Wochen verteilt wurde.

In der Staatsoper gollert Anna Delossy von der Metropolitan-Opera New York außer in „Liedland“ (Rach) am 7. d. M. auch noch als Saniaga in „Cavalleria rusticana“ am Sonntag. Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt ab Freitag 2 400 000.

Einigungsvorschlag des Völkerbunds.

Der Völkerbundrat beschäftigte sich gestern Donnerstag nachmittags mit einem Vorschlag des Spaniers Guinones da Leon, der Botschafterkonferenz mit einem Telegramm zu antworten, das als griechische Wiedergutmachungen vorkommt:

1. Entschuldigung der höchsten Behörden vor den Befandten der in der Grenzfestsetzungskommission vertretenen Mächte.
2. Trauerfeier der Regierung in Athen für die Opfer.
3. Begrüßung der italienischen Flotte unter noch zu bestimmenden Bedingungen.
4. Militärische Ehrenbezeugungen bei Einschiffung der Belchen.
5. Ernennung einer Untersuchungskommission durch die griechische Regierung, um die Umstände vor- und während des Verbrechens festzustellen. Dieser Kommission sind Vertreter der drei interessierten Mächte zuzuteilen.
6. Vertreter des Völkerbundes sollen die von den griechischen Behörden bereits anbedingte gerichtliche Untersuchung sowie die Aburteilung der Schuldigen überwachen.
7. Sofortige Hinterlegung von 50 Millionen Lire durch Griechenland bei einer schweizerischen Bank um die sofortige Auszahlung der später festzustellenden Entschädigung zu garantieren.
8. Der Internationale Ständige Gerichtshof soll die Entschädigung bestimmen.

Dieser gesamte Abschnitt des Antwortprojektes wurde auf Salandras Forderung zurückgestellt und soll erst den Regierungen zugehen. Der Rat beschloß nur, der Botschafterkonferenz seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Grundgedanken zu drücken, daß die Staaten für die auf ihren Gebieten begangenen Verbrechen verantwortlich sind. Er spricht die Absicht aus, sich im Einvernehmen mit der Botschafterkonferenz mit dem Studium der Untersuchungsmodalitäten zu befassen. Er würde sich freuen, wenn er über die Beratungen, welche die Botschafterkonferenz am Freitag abhält, auf dem Laufenden gehalten würde.

Südslawien und Albanien.

London, 6. September. (T.) Dem „Daily Express“ wird aus Belgrad berichtet, daß der südslawische Delegierte in der internationalen Grenzfestsetzungskommission für Albanien den französischen Chef der Kommission telegraphisch ersucht habe, die Grenzpfähle an der Nordostgrenze Albaniens sofort versetzen zu lassen, da die dortige südslawische Bevölkerung sich weigert, Albanien einzuerteilen zu werden. Die südslawische Regierung sei nicht in der Lage, die französischen Mitglieder der Kommission vor Allenfaten der Verletzung zu schützen.

Rom, 6. September. (E.) Infolge eines Grenzzwischenfalls mit den Behörden von Janina scheint Albanien die Grenze gegen Griechenland gesperrt zu haben.

Die Kleine Entente droht nicht.

Paris, 6. September. (W.) „Le Temps“ glaubt, daß die Mitteilung, die Benesch im Namen der Kleinen Entente der französischen Regierung gemacht hat, weder in ihrer Form noch in ihrer Bedeutung der drohenden Sprache gleicht, von der der „Daily Telegraph“ berichtet hatte. Die Mitteilung sei übrigens als streng vertraulich gemacht worden, und deshalb könne man nichts weiter über ihren Inhalt angeben. Das würde aber die ischekowalische Delegation in Genf, an deren Spitze Benesch stehe, nicht hindern können, die tendenziösen Informationen richtigzustellen.

Rom, 6. September. (W.) Die offizielle „Agenzia Stefani“ aus Genf erfährt, daß der rumänische Völkerbundsdelegierte Titulescu die Meinung des „Journal de Geneve“, wonach die Delegierten der Kleinen Entente beschlossen hätten, für die Zuständigkeit des Völkerbundes im italienisch-griechischen Konflikt einzutreten, als vollständig falsch bezeichnet.

Pagos befehlt.

Holland, 6. September. (E.) Der „Secolo“ meldet aus Korfu, daß italienische Transportdampfer die Befehle der Insel Pagos vervollständigt haben. Die 4500 Einwohner haben die italienischen Truppen friedlich aufgenommen. Die Inseln Faro, Erlera, Samothaki und Antipagos werden von italienischen Unterseebooten bewacht.

Zurückziehung der griechischen Flotte.

Athen, 6. September. (E.) Der griechischen Flotte ist befohlen, sich in den Golf von Volos im Ägäischen Meer zurückzuziehen, um jede Berührung mit der italienischen Flotte zu vermeiden.

Deutsch-französische Industrieergemeinschaft.

Paris, 6. September. (E.) In der „Journé Industrielle“ fordert ihr Chefredakteur Rimié, daß die Frage des Abchlusses von Handels- und Industrieabkommen zwischen Frankreich und Deutschland größerer Aufmerksamkeit begegne. Er tritt der Auffassung der französischen Regierung entgegen, daß die Reparationsfrage und die Frage der industriellen Abkommen zwei getrennte Fragen seien, wobei die letztere erst in Betracht gezogen werden könne, wenn die Reparationsfrage gelöst sein werde. Rimié glaubt im Gegenteil, daß die Industrieabkommen nicht nur die Privatindustrie, sondern in hohem Maße auch den Staat interessieren, der dadurch die beste Möglichkeit erhalte, die Wiederaufbauarbeiten zu verzinsen und zu amortisieren. Sogar die internationalen Anleihen würden erst möglich werden, wenn sie sich auf feste Industrien stützen könnten. Bei diesen Industrieabkommen könne es sich nicht um den berühmten Kohlen- und Eisenaustausch oder die Befriedigung der Alliierten an der deutschen Privatindustrie handeln, die in den Vorschlägen zu stark und in ihren engen Formen heute veraltet erscheinen müßten; es handle sich vielmehr um eine außerordentlich variable Anpassung der beiderseitigen Produktions- und Arbeitsformen. Die alliierten Länder würden den Gang dieses weitestgehenden Systems begünstigen und die Reparationskommission würde eine Abgabe darauf erheben, die in die Reparationskasse fließen würde. Es sei heute noch zu heikel, auf die Einzelheiten einzugehen. Auf alle Fälle handle es sich um eine komplizierte Aufgabe, SOLL und haben gegenüberzustellen. Die Aufgabe überschreite immerhin nicht die menschlichen Fähigkeiten.

In einer Versammlung der Vertreter der besetzten Gebiete sprachen gestern der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister über die außenpolitische und finanzielle Lage. Die Versammlung, deren Verhandlung im einzelnen vertraulich war, sprach sich einhellig und entschieden gegen alle separatistischen Bestrebungen aus.

Der preussische Staatsrat stimmte einer Abänderungsordnung über die Wohnungsbauabgabe sowie den Ausführungsbestimmungen zum Wohnungsmangelsgesetz vom 26. Juli 1923 zu; ferner einem Gesetzentwurf über Abgaben für die Wegebenutzung, einem Antrag, wonach außer den von den Verwaltern beruflich benötigten Pferden auch die Pferde der Tierärzte und Geistlichen steuerfrei sind.

Der preussische Landtag wird am 11. September nachmittags 3 Uhr wieder zusammentreten.

Der Berliner Etat angenommen.

Das Schicksal der Straßenbahn, Betriebsabdröpfung und Arbeiterentlassungen.

Der gestrigen ordentlichen Sitzung lag zunächst folgender Dringlichkeitsantrag, Heimann (Soz.) vor:

„Die Versammlung protestiert gegen die nach Zeitungsmedien beabsichtigte Einschränkung des Verkehrs der Berliner Straßenbahn auf 28 Linien. Sie erwartet, daß die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs auf das äußerste Mindestmaß beschränkt wird und Entlassungen von Arbeitern und Angestellten der Straßenbahn unter keinen Umständen in dem Umfange vorgenommen werden, wie sie bisher beabsichtigt sein sollen. Sie fordert den Magistrat auf, sofort über die Maßnahmen zu berichten, die er zur Unterstüßung der bisher entlassenen Straßenbahner getroffen hat.“

Widerspruch gegen die Dringlichkeit wurde nicht laut. Genosse Reuter machte für den Antrag geltend, daß eine so katastrophale Einschränkung des Verkehrs der Berliner wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht entspreche und verlange die Vorwegberatung des Gegenstandes. Auf Anregung des Stadts. v. Gerner (D. Sp.) wurde die Beratung hinter die zweite Lesung des Stadthaushalts für 1923 zurückgestellt. In dieser zweiten Lesung fand eine sachliche Erörterung nicht mehr statt. Die Abstimmung wurde auf 7 Uhr abends verschoben.

Runmehr sollte die soeben zurückgestellte Beratung beginnen, man verschob sie insofern abermals, weil Stadts. v. Gerner noch nicht zur Stelle war. Inzwischen erledigte die Versammlung eine lange Reihe kleinerer Vorlagen, zum großen Teil ohne jede Erörterung. Der Nachtrag zur Beherbergungssteuerordnung, durch den die bisherige Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern im wesentlichen beseitigt wird, ging gegen den Widerspruch des Genossen Dr. Cohnmann, der über dieses endlich durchgedrungene Prinzip sofort eine Entscheidung herbeigeführt wissen wollte, zum Zweck der Anpassung der Sätze an die neuerliche Geldbewertung an den Ausschuh zurück. Mit 70 gegen 66 Stimmen abgelehnt wurde auf Antrag Goh (Komm.) eine Vorlage, welche der Stadtkasse die Uebernahme von Betriebskosten am Kioskschen Privattheater zumutele. — Zu einer längeren Debatte führte wieder einmal die Frage der Entschädigung der Medizinalpraktikanten, soweit diesen freie Wohnung in den städtischen Krankenhäusern nicht gewährt werden kann. Die große Mehrheit nahm einen Antrag Wegl an, daß diesen jungen Leuten in dem gedachten Falle ein den Verhältnissen entsprechender Zuschuh gewährt werden soll.

Die Straßenbahnbedatte.

Runmehr kam Genosse Reuter zum Wort, um den Antrag Heimann zu begründen. Nach einem Rückblick auf die gemäßigten Sprünge des Fahrpreistatistis der Straßenbahn ging er auf die in den letzten Tagen von der Verkehrsdeputation und vom Magistrat getroffenen und geplanten Maßnahmen zur Sanierung des Unternehmens ein, um nachzuweisen, daß der Widerstand, auf den diese Maßnahmen und Pläne fast auf allen Seiten gestoßen seien, nur zu berechtigt sei, daß sie, statt Heilung zu bringen, den Berliner Verkehr einfach erdrücken würden. Der anfängliche starke Rückgang der Frequenz sei bereits einem starken Aufschwung gewichen, wozu die veränderte Reichsbahnpolitik das Ihrige beigetragen habe. Einer so wesentlichen Veränderung der Verhältnisse gegenüber solle sich der Magistrat nicht starcköpfig verhalten.

Die Beschränkung auf 28 Linien bedeute eine unerträgliche Erschwerung des Berliner Wirtschaftslebens.

Und wolle man wirklich 7000 Arbeiter dieses Unternehmens auf die Straße setzen? Ueber die dadurch erzeugte Erbitterung sollten sich doch die Mahgebenden nicht im unklaren sein, zumal die Arbeitererschaft auch alles andere eher als erbaut sei von den langjährigen Verträgen, durch die zahlreiche hohe Beamte des früheren Straßenbahn-Privatunternehmens sich ihre „wohlerworbenen Rechte“ zu sichern verstanden haben. Sollte wirklich die neue G. m. b. H. auch beabsichtigen, mit einem Federstrich wohlerworbene Pensions- und Ruhegeldansprüche der Arbeiter zu beseitigen, sollte sie städtischen Arbeitern gegenüber wirklich so brutal und rücksichtslos verfahren wollen? Es wäre ein Berlins unwürdiges Schauspiel, wenn sich die Stadtverwaltung auf so einen unmöglichen Plan verstoßen wolle. In keiner anderen deutschen Stadt denke man daran, den Verkehr derart einfach totzuschlagen. (Beifall.)

Dr. Michaelis (Dem.) fuhr schweres Geschüh gegen den Antrag auf und polemisierte gegen den Genossen Reuter, ohne etwas Positives sagen zu können. Er meinte, die Demokraten wollten mitbessern, die Karre aus dem Dred zu ziehen, und versieg sich im Anschluß daran zu der grotesk-lächerlichen Behauptung, Genosse Reuter wolle die Karre im Dred stecken lassen. (Unruhe links.) Das neue Bronsforum müsse auf den 31. Dezember befristet werden. (Dder (Kommunist): Man doktort hier an Symptomen herum. Die geplante Stillegung des gesamten Verkehrs am Sonntag

bedeutet einfach die Mahregelung von Tausenden von Straßenbahnern, die man um ihre wohlerworbenen Rechte betrügen will. (Rüge des Vorsethers.) Eine solche Scheibung in einer so schweren Zeit ist das reinste Sinnes-System. Ihr Budget könnte erleichtert

werden, wenn man die Industrie, die eigentliche Ruhnheerin, heranzöge, wenn man die Kohlensteuer herabsetze. Den Antrag Heimann können wir nur annehmen, wenn er einige Abänderungen erfährt, wenn vor allem der Protest auch auf die Stillegung am Sonntag, den 9. September, ausgedehnt wird.

Stadts. v. Gerner: Die Stadt hat der Teuerungswellen, die über uns hereingebrochen sind, durch ihre Tarifpolitik bei der Straßenbahn nicht Herr werden können. Die Rechte der Arbeiter und Angestellten sollen gewahrt werden; schon morgen wird darüber in der neuen Sitzung verhandelt. Dr. Steiniger (Nat. Sp.): Wir beharren dabei, daß der Magistrat eigenmächtig diese Betriebs-G. m. b. H. begründet und die Versammlung übergangen hat; wir bestreiten ihm das Recht dazu nach wie vor. Was jetzt geschieht, hätte viel früher geschehen müssen.

Un dieser Stelle wurde die

Abstimmung über den Stadthaushalt für 1923

um 1/8 Uhr eingeschoben. Die Abstimmung über den Etat und die dazu gestellten Anträge nahm über eine Stunde in Anspruch. Die Beschlüsse der Ausschuhmehrheit in Sachen des Krankenpflegepersonals (u. a. Teilung des Achtstundentages) wurden mit 103 gegen 88 Stimmen bestätigt, die vom Ausschuh beantragte Unentgeltlichkeit der Behandlung in den Schulzahnklinien wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Zum Antrage Dr. Wegl-Reuter (Soz.) vom 18. August betr. die Nachprüfung der vom Magistrat während der Ferien eingeführten

Neuregelung der Bezahlung der Werttarife

hatte der ständige Haushaltsausschuh am 30. August wie folgt beschlossen:

„Der Ausschuh erklärt, daß bei dem Verfahren der Gaspreis-erhöhung in den letzten Wochen schwere Ungerechtigkeiten beobachtet worden sind, und ersucht den Magistrat, um deren nachträgliche Beseitigung nachdrücklich bemüht zu sein. — Er erwartet ferner, daß die Verwaltung angesichts der vorgenommenen vielfachen Unbilligkeiten mögliche Milde bei der Einziehung übt. — Er ersucht endlich zu erwägen, ob in Zukunft unter Vermeidung neuer Verwaltungskosten und Abnahme von Neueinstellungen von Hilfskräften nicht eine Selbstableitung des Gasstandes durch die Konsumenten in der Mitte eines jeden Monats und Vornahme von Stichkontrollen durch Beamte der Gasverwaltung oder eine Durchschnittsberechnung stattfinden kann.“

Der dringliche Antrag der Deutschnationalen (Büdicke und Genossen) betr. die Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. vom 30. August ging dahin: 1. den eigenmächtigen Abschuh eines solchen Gesellschaftsvertrages durch den Magistrat für unzulässig zu erklären und gegebenenfalls die schuldigen Magistratsmitglieder schadensersatzpflichtig zu machen; 2. den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung mit nachträglich beschleunigter Vorlage zu machen, inwieweit deren ein gemischtwirtschaftlicher, dem politischen Einflusse entzogener Betrieb für die Straßenbahn und auch für andere städtische Werke durchgeführt wird.“

Der Antrag Dr. Wegl-Reuter wurde mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag der Deutschnationalen zu 1. mit 91 gegen 63 Stimmen, während der Antrag zu 2. mit 97 gegen 94 Stimmen der Ablehnung verfiel.

Zur Annahme gelangte dann auch die neue Gewerbesteuerordnung, die Entwertungsklausel der Steuerverteilungsplan und zulezt, nach Verweisung des Koststandsarbeiters Heimann an den Haushaltsausschuh, der Stadthaushalt im ganzen gegen die Stimmen der Kommunisten und Wirtschaftsparteiler.

Nach 1/2 Uhr konnte man zum Antrag Heimann betreffs der Straßenbahn zurückkehren. Zu einer Fortsetzung der Diskussion kam es nicht mehr, ein Schlußantrag der Demokraten fand die Mehrheit. Im Schlußwort betonte Genosse Reuter nochmals mit aller Bestimmtheit, daß der Hauptanwand gegen den Magistrat bzw. gegen den neuen Aufsichtsrat sich darauf stütze, daß er trotz gänzlich veränderter Verhältnisse an Beschlüssen festhalte, die sachlich nicht mehr gerechtfertigt seien, daß eine Verkehrserschwerung in dem geplanten Umfang eine fundamentale, nicht wieder gut zu machende Dummheit sein würde.

In der Abstimmung gelangten die von den Kommunisten beantragten Abänderungen zum Antrage Heimann und mit ihnen der Antrag selbst zur Annahme, so daß der angenommene Antrag folgenden Wortlaut hat:

„Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen die nach Zeitungsmedien beabsichtigte Einschränkung und vorübergehende Einstellung des Verkehrs der Berliner Straßenbahn. Sie erwartet, daß die Entlassungen von Arbeitern und Angestellten der Straßenbahn unter keinen Umständen in dem Umfange vorgenommen werden, wie sie bisher beabsichtigt sein sollen. Sie fordert den Magistrat auf, sofort über die Maßnahmen zu berichten, die er zur Unterstüßung der bisher entlassenen Straßenbahner getroffen hat.“

Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Vorlagen ohne Erörterung schloß die öffentliche Sitzung gegen 9 Uhr.

Wirtschaft

Der verbesserte Reichsindex.

Das Reichsstatistische Amt hat wohl das Gefühl gehabt, daß es notwendig sei, wegen der Differenzen, die sich über die von ihm errechneten Indeziffern ergeben haben, wieder einmal mit den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber eine Aussprache herbeizuführen. Sie war dringend notwendig. Gestern Donnerstag nachmittags fand sie statt.

Die Konferenz beschäftigte sich in erster Linie mit der gründlichen Klärung der Differenzen, die sich Ende August aus den plötzlich vom Reichsstatistischen Amt veröffentlichten doppelten Indeziffern ergeben haben. Es wurde dabei festgestellt, daß das Reichsstatistische Amt bisher für den Wochenindex nur Berichte aus etwa 29 Städten zugrunde gelegt hatte. Da die Ziffern dieser Städte nicht bis 1914 zurückgerahnet werden konnten, wurde das Ergebnis der allwöchigen Feststellungen, die der 14tägig festgestellten sogenannten Gliedensziffer der 71 Gemeinden zugrunde liegen, abgetragen. Daraus ergab sich dann die doppelte Indeziffer, die zu verschiedenen scharfen Auseinandersetzungen bei ihrer Uebertragung auf die Löhne und Gehälter geführt hat. Dem Uebel wird jetzt dadurch abgeholfen, daß die wöchentliche Erhebung auf die sämtlichen Gemeinden, die der vierzehntägigen Gliedensziffer zugrunde liegen, ausgedehnt wird. Es gibt deswegen in Zukunft nur noch eine Reichsindeziffer. Irgendwelche Streifigkeiten darüber, welche von verschiedenen Ziffern gewählt werden soll, werden damit unmöglich gemacht.

Die Gewerkschaften erklärten sich mit der Lösung dieser Frage aber noch nicht ausreichend zufrieden. Sie wünschen nunmehr in Zukunft einen dauernden Kontakt mit dem Reichsstatistischen Amt. Dieses erklärte sich damit einverstanden. Es wurde sofort ein ständiger Beirat zusammengelegt. Er wird erstmals nächsten Mitt-

woch, vor der Bekanntgabe der öffentlichen Reichsindeziffer, im Reichsstatistischen Amt zusammentreten.

Es bleibt zu hoffen, daß nunmehr durch die bessere Zusammenarbeit des Reichsstatistischen Amtes auch mit den Gewerkschaften und durch die Befestigung der Doppelberechnung der Reichsindex das Vertrauen im Lande wieder gewinnt, das es notwendig hat.

Fristveränderungen bei der Devisenablieferung.

Mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten, die ein Bekanntwerden der Berordnung über die Devisenabgabe vom 25. August im besetzten Gebiet verzögerten, sind in dieser Berordnung einige Fristen verändert worden. Die Gutschrift abgelieferter Devisen auf ein wertbeständiges Steuerkonto kann zu den erleichterten Bedingungen bis zum 10. September erfolgen, also fünf Tage länger, als in der Berordnung vorgelesen. Die Erklärung über Devisengeschäfte, die abzugeben ist, wenn nicht genügend Devisen zur Ablieferung vorhanden sind, und welche Auskunft über den Devisenbestand zwischen dem 10. und 20. August und über Devisenverläufe nach dem 31. Juli geben soll, kann bis zum 30. September abgegeben werden. Die Regierung hat sich außerdem vorbehalten, solche freiwilligen Hingaben von Devisen, die nach dem 1. Juli erfolgt sind, auf die Abgabe anzurechnen. Die Berordnung sah eine derartige Anrechnung nur für Devisen vor, die nach dem 1. August freiwillig zur Verfügung gestellt wurden.

1 Goldmark = 2 452 000 Papiermark — das ist der amtliche Umrechnungssatz für die Abgabe der land-, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) vom 3. bis 14. September einschließl.

Das Geldausgeld wurde entsprechend der neuen Berechnung der Mark für die kommende Woche verdoppelt. Es betragt vom 8. September ab 245 350 000 Proz. (in der Vorwoche 122 675 000 Prozent). Die Einfuhrzölle stellen sich somit auf den 2 453 600fachen Vorkriegsstand.

Gewerkschaftsbewegung

Der Mitgliederstand der A.D.G.B.-Verbände.

Die 45 dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden Zentralverbände zählten am Schlusse des zweiten Vierteljahres insgesamt 7 721 290 Mitglieder, wovon 1 653 889 weibliche Mitglieder. Die Gewerkschaft der Film- und Kinoangehörigen hat auch diesmal die Zahl ihrer Mitglieder nicht angegeben. Für die Gesamtziffer ist das jedoch nicht von Bedeutung.

Am dritten Vierteljahr des Vorjahres war die Mitgliederzahl wieder über acht Millionen gestiegen; sie sank auf rund 7 900 000 am Jahreschluss 1922 und hielt sich in diesem Jahre bis jetzt auf rund 7,7 Millionen Mitglieder. Gegen das erste Vierteljahr 1923 ergibt sich eine Abnahme von 3096 männlichen und 6752 weiblichen Mitgliedern, gegen den Mitgliederstand Ende 1922 eine Abnahme von 187 226 Mitgliedern, worunter 76 583 weibliche.

Sieben Verbände zählen weniger als 10 000 Mitglieder, und zwar die der Asphaltreue 1904, die Chorfänger 4175, Feuerwehrmänner 2201, die außerdem mit 6129 Mitgliedern dem A.D.G.B. angehören, Freileitergehilfen 5648, Kupferschmiede 7944, Schiffszimmerer 4787 und Schornsteinfeger 3025. Über 10 000 bis zu 20 000 Mitglieder zählen weitere sieben Verbände, und zwar die Bäcker 12 584, die Dachbeder 11 840, die Fleischer 18 759, die Gärtner 17 772, die Kürschner 12 102 (Berkleidung mit dem Bekleidungsarbeiterverband beschloss), die Schneider 11 200 und die Steinarbeiter 10 025. Über 20 000 bis 50 000 Mitglieder zählen fünf Verbände: Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellte 47 257, Hutmacher 27 031, Lederarbeiter 48 400, Lithographen 20 632, Musiker 26 936, Sattler, Tapezierer und Portefeuliers 46 094. Über 50 000 bis 100 000 Mitglieder haben die neun Verbände der Bäcker und Konditoren 75 288, Buchbinder 92 720, Buchdrucker 70 000, Glasarbeiter 82 579, Graphische Hilfsarbeiter 50 155, Lebensmittel- und Getränkearbeiter 82 883, Maler 57 603, Porzellanarbeiter 73 265 und Steinarbeiter 53 097. In der Reihe zwischen 100 000 bis 200 000 Mitglieder stehen nur die vier Verbände der Bekleidungsarbeiter mit 157 836, Maschinisten mit 101 486, Tabakarbeiter mit 109 763 und Zimmerer mit 107 183 Mitglieder.

Zur nächsten Größenklasse mit bis zu einer halben Million Mitglieder zählen fünf Verbände: Bergarbeiter 398 312, Eisenbahner 437 434, Gemeinde- und Staatsarbeiter 271 263, Holzarbeiter 435 624 und Landarbeiter 449 107 Mitglieder. Darüber hinaus steht an erster Stelle der Riesenorganisation der Metallarbeiterverband mit 1 595 358 Mitgliedern, ihm folgt der Fabrikarbeiterverband mit 720 308, der Textilarbeiterverband mit 705 890, der Bauergewerksbund mit 557 937 und der Verkehrsbund mit 535 958 Mitgliedern.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder überwiegt die der männlichen in den Verbänden der Bekleidungsarbeiter 99 010 von 157 836, der Buchbinder (55 742 von 92 720), der Chorfänger (2517 von 4175), der Graphischen Hilfsarbeiter (34 023 von 50 155), der Hutmacher (19 180 von 27 031), der Kürschner (7826 von 12 102), der Tabakarbeiter (88 681 von 109 763) und der Textilarbeiter (472 786 von 705 890). In den Verbänden der Bäcker und Konditoren, der Fabrikarbeiter, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Hotelangestellten, der Landarbeiter, Lederarbeiter, Porzellanarbeiter und der Schuhmacher bildet die Zahl der weiblichen Mitglieder einen wesentlichen Teil der Gesamtmitgliedszahl.

Technische Nothilfe und Landwirtschaft.

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns mitgeteilt: In der Landbundsprelle wird in letzter Zeit wieder viel von der Technischen Nothilfe in der Landwirtschaft gesprochen. Von den Behörden wird verlangt, daß alle landwirtschaftlichen Arbeiten als lebensnotwendig bezeichnet werden, für die im Verweigerungsfalle durch die Arbeiter die Technische Nothilfe einzusetzen ist.

Würde den Wünschen der Landbändler Rechnung getragen, dann könnten die Landarbeiter mit ihrem Koalitionsrecht einpacken. Ohne Druck bewilligen die Arbeitgeber in der Landwirtschaft keine Wünsche ihrer Arbeiter. Selbst Schiedssprüche, die unter Vorbehalt von Behörden (Reichsarbeitsministerium und anderen) gefällt werden, erfahren bei den Arbeitgebern oft eine Ablehnung.

Gemeint Technische Nothilfe in der Landwirtschaft bisher eingesetzt wurde, geschah dies in recht einseitiger Weise, lediglich gegen die Landarbeiter. Als im April-Mai des vergangenen Jahres die Landarbeiter des Kreises Lauenburg (Bommern) streikten, verweigerten die Landwirte den streikenden Landarbeitern die Weide für ihr Vieh. Wo trotzdem die Röhre die Weide auffuchten, wurden sie von den Besitzern und deren Beauftragten verjagt. Mit Gewehren bewaffnet schützten die Landbändler ihr geerbtes Eigentum. Als sich nun die streikenden Landarbeiter um Hilfe für ihr hungerndes Vieh an die Technische Nothilfe wandten, erklärte diese es als unmöglich, die Rot abzugeben.

Die Technische Nothilfe wird erst dann in der Landwirtschaft eine Berechtigung haben, wenn sie wirklich neutral nach allen Seiten hin ihre Tätigkeit ausübt. Wer hat es aber schon mal erlebt, daß unsere Landbändler den Einfluß der Technischen Nothilfe in Betrieben fordern, die nicht rationell bewirtschaftet werden?

Solange es keinen Anbauzwang in der Landwirtschaft gibt, solange die Technische Nothilfe ihre Aufgabe nur einseitig, zum Schutze der Arbeitgeber, ausübt, die Arbeitnehmer dagegen in der Ausübung ihres Koalitionsrechts schädigt, der Allgemeinheit

nichts nützt, wenn in verfallenen landwirtschaftlichen Betrieben nicht eingegriffen wird, muß ihre Unterstützung von der Landarbeiterchaft abgelehnt werden."

Die preussische Landtagsfraktion hat an die Regierung folgende große Anfrage gerichtet:

„Am 4. Juli brach im Kreise Eckernförde wegen Lohnunterschieden ein Landarbeiterstreik aus. Die Streikenden erklärten sich bereit, die Notstandsarbeiten, Viehpflege, Weiden der Röhre usw. zu verrichten. Diese Arbeiten wurden auch ausgeführt. Am 9. Juli ordnete die Regierung in Schleswig die Einsetzung der Technischen Nothilfe an, indem sie auch die Heuarbeiten als Notstandsarbeiten erklärte. Durch diese Maßnahmen ist von behördlichen Dogmen auf die streikenden Landarbeiter ein starker Druck ausgeübt worden, der einer wesentlichen Beschränkung des Koalitionsrechtes gleichkommt. Ist die Staatsregierung bereit, die Regierung in Schleswig anzuerkennen, sich in Zukunft jeden Eingriff in wirtschaftliche Kämpfe zu enthalten?“

Betriebsräteschule.

In der ersten Oktoberwoche beginnt ein neuer Unterrichtsschnitt unserer Schule. Kurse finden statt im Zentrum, Nordwesten, Norden, Südosten und Osten Berlins, ferner in Spanbau, Köpenick, Tempelhof, Reinickendorf, Wilmersdorf, Schöneberg. Unterrichtsgebiete sind: Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Betriebs- und Privatwirtschaft, Volkswirtschaft. Für Anfänger finden eine Reihe von Einführungskursen statt. Ferner sind zwei besondere Frauencurse vorgesehen. Vorgesichtene können sich an den beiden Seminaren „Arbeitsrecht“ und „Volkswirtschaftslehre“ beteiligen. Anmeldungen für die Seminare werden nur im Bureau der Schule entgegengenommen. Lehrberatungsprechstunden Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr. Lehrpläne und Hörerkarten für die übrigen Kurse werden in den Ortsverwaltungen der Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften und im Bureau der Betriebsräteschule (Engelauer 24/25, 2. Hof I) ausgegeben.

Nicht nur Betriebsräte und Funktionäre, sondern alle Kolleginnen und Kollegen können die Kurse besuchen. Arbeiter! Angestellte! Werbt in euren Betrieben für den Besuch der Schule! Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Lohnregelung für den Kohlenbergbau.

Zur Festlegung der Lohnhöchungen für die Woche vom 3. bis 10. September trat im Reichsarbeitsministerium ein Schlichtungsausschuss zusammen. Nach dem Schiedsspruch dieses Schlichtungsausschusses beträgt der Durchschnittslohn einschließlich des Hausstands- und Kindergebeldes für den Ruhrbergbau 15 030 000, für den ober-sächsischen Steinkohlenbergbau 12 057 400, für den sächsischen Steinkohlenbergbau 11 573 100 und die Fernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus 10 921 800 M. je Mann und Schicht.

Internationaler Auswanderungskongress.

Die italienische Regierung hat die hauptsächlichsten Auswanderungsländer zu einem internationalen Kongress eingeladen, der im März 1924 in Rom stattfinden soll. Wohl gehört die Auswanderungsfrage zum Arbeitsgebiet des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, jedoch weist die italienische Regierung darauf hin, daß nicht alle Länder dem Arbeitsamt angeschlossen sind und daß der Kongress eine ausschließlich technische Charakter haben und besonders die Vorbereitungen für die zwischen den Regierungen zu schließenden Verträge treffen soll.

Die Auswanderungsfrage ist für Staaten von großer Bedeutung. Vor dem Weltkrieg (1912) betrug die Zahl der italienischen Auswanderer über 700 000, im Jahre 1921 dagegen nur 250 000. Die Beträge, die die Auswanderer jedes Jahr nach dem Heimatlande sandten, mochten vor dem Kriege einen bedeutenden Teil des gesamten Volkseinkommens aus.

Die Löhne in den Metallgewerken werden für die Zeit vom 27. August bis 2. September in Klasse I um 868 000, in Klasse II um 368 000 und in Klasse III um 322 000 erhöht, so daß die Tariflöhne betragen: in Klasse I 991 000, Klasse II 966 000, Klasse III 877 000 M. Die Akkordpreise erhöhen sich um denselben Prozentsatz wie die Löhne. Für die Zeit vom 3. bis 9. September werden die Löhne in allen Klassen um weitere 800 000 M. pro Stunde erhöht, so daß sie betragen: in Klasse I 1 291 000, Klasse II 1 266 000 und in Klasse III 1 177 000 M. pro Stunde. Die Akkordpreise erhöhen sich auch hier um denselben Prozentsatz wie die Löhne.

Die Löhne in der Sattlerwarenindustrie wurden in freier Vereinbarung für die Zeit vom 31. August bis 6. September festgesetzt für Sattlerarbeiter auf 1 844 000 M., für Hilfsarbeiter auf 1 223 000 M. und für Stepperinnen auf 918 920 M. Lehrlinge erhalten im 1. Jahre 6 048 000 M., im 2. Jahre 7 392 000 M., im 5. Halbjahre 9 408 000 M., und im 6. Halbjahre 10 800 000 M.

Die Erhöhung beträgt 60 Proz. und ist zu zahlen auf alle Zeitlohn- und Akkordlöhne ohne Unterschied in der Höhe des Verdienstes. (Die Tarife sind gegen Zahlung von 5000 M. heute abzuholen.)

Lohnabkommen in der Margarine-Industrie. Bei den am 1. September 1923 stattgehabten Verhandlungen wurden die Löhne für die Zeit vom 29. August bis 4. September wie folgt festgelegt: Männliche Arbeiter: Ortsklasse I bis V, über 20 Jahre 1 000 000,

800 000, 740 000, 648 000, 551 000 M., bis zu 20 Jahren 730 000, 645 000, 555 000, 486 000, 413 000 M., bis zu 18 Jahren 550 000, 473 000, 407 000, 350 000, 303 000 M., bis zu 16 Jahren 450 000, 387 000, 333 000, 292 000, 248 000 M. Weibliche Arbeiter über 20 Jahre 676 000, 573 000, 493 000, 432 000, 367 000 M., bis zu 20 Jahren 567 000, 487 000, 419 000, 367 000, 312 000 M., bis zu 18 Jahren 434 000, 372 000, 320 000, 281 000, 239 000 M., bis zu 16 Jahren 367 000, 312 000, 271 000, 238 000, 202 000 M.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Groß-Berliner Zeitungsgewerbe für die Zeit vom 1. bis 8. September sind gescheitert. Das Tarifschiedsgericht wird angerufen. Als vorläufige Abzahlung erhalten die Angestellten bis Sonnabend das halbe Augustgehalt.

Die Löhne in den Groß-Berliner Privattelegraphenwerten betragen für die Zeit vom 27. August bis 2. September in Gruppe I bis VI 1 020 000, 988 000, 962 000, 892 000, 755 000, 617 000 M. Die Frauenzulage beträgt 384 000 M., die Kinderzulage 768 000 M. wöchentlich.

Für die Angestellten der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie ist der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 7. August, welcher die Gehaltsfrage für den Monat Juli festsetzt, vom Demobilmachungsausschuss für verbindlich erklärt worden. Die Differenzbeiträge zwischen Schiedsspruch und Richtlinien sind einlagbar. Auskunft erteilt Zentralverband der Angestellten.

Die Buchdruckereibefehle in Ratibor weigern sich, die Tariflöhne zu zahlen. Infolgedessen erscheinen keine Zeitungen. Verhandlungen sind noch nicht anberaumt.

Der Boykott über die Firma E. Kemp. Das Internationale Sekretariat der Lebens- und Genussmittelindustrie teilt mit, daß die seit längerer Zeit boykottierte Firma E. Kemp L.G. in Wagnau anfangt einzuliefern, daß es aber nötig ist, den Boykott weiterzuführen, um das Ziel des Kampfes zu erreichen.

U.S.G.D.-Buchdrucker. Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr, im oberen Saale des Restaurants Hennig, Köpenickerstraße 44. Funktionärkonferenz. Tagesordnung: „Untere Stellung zur gewerblichen Lage“. Die Betriebsräte, Vertrauensleute, Druckereibefehle und Generalversammlungen der Betriebe haben unbedingt die Pflicht, zu erscheinen, und in den Betrieben auf die Konferenz aufmerksam zu machen. Der Ort der Stunde gebietet wolle Pünktlichkeit. Einmal ausnahmslos nur gegen Vorzeigung des Parteiausweises. Der Fraktionsverband.

Buchdruckerei Hell, G. m. b. H., Trebbener Str. 43. Betriebsratssammlung heute nachmittags 4 Uhr im Restaurant „Zum tüchtigen Grund“, Reichardtstraße 19. — Der Betriebsrat.

Versehrer Sozialarbeiterverband. Entsprechend den Bestimmungen des Statuts, ein Beitrag gleich einem Stundenlohn, haben die Mitglieder aus den nachstehenden Beträgen den ihrem Stundenlohn am nächsten kommenden auszusuchen. Diese Betragssummen befinden sich in den Händen der Fraktionsleiter: 1 000 000, 990 000, 880 000, 770 000, 550 000, 440 000, 330 000 und 220 000 M. — Die Ortsverwaltung.

Baugewerksbund, Fachgruppe der Glaser. Der Lohn beträgt vom 31. August bis 6. September 1 300 000 M.; der Beitrag für die 35. Woche 720 000 M., für die 36. Woche 1 000 000 M. Auch sind die Ergänzbeiträge unbedingt zu zahlen. — Die Fachgruppenleitung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Mitte. Heute, Freitag, den 7. September, 7 1/2 Uhr, bei Döbriß, Eisenbahnstr. 11, erweiterte Kreisversammlung. Die Objekte der Abteilungen nehmen daran teil.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Gruppe „Hilfsaktion“. Treffen nicht mehr in Kretzow, sondern Spiel und Beschäftigung im Saale der Kretzow. Freitag von 5-7 Uhr.
- 17. Kreis Lichterberg. Bildungsaktion: Freitag, den 7. September, 7 1/2 Uhr, in der Bibliothek, Reichstraße 28. Sigmund. Sämtliche Anwesendemitglieder müssen erscheinen.
- 19. Kreis. Heute, Freitag, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Breite Str. 32. Kreisdelegiertenversammlung. Sämtliche Delegierte zum Bezirksrat müssen erscheinen.

Heute, Freitag, den 7. September:

- 24. Vst. Die Funktionärversammlung findet heute nicht statt. Näheres beim Sonnenbühnenklub.
- 25. Vst. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr wichtige Funktionärversammlung bei Senge, Spielbogensstr. 16-18.
- 27. Vst. Schöneberg. 8 Uhr Funktionärkonferenz bei Jürgens, Barbarastr. 24.

Morgen, Sonnabend, den 8. September:

- 45. Vst. 7 Uhr Sitzung des Abteilungsvorstandes und der Bezirksleiter bei Reich, Wiener Str. 39. Tagesordnung: Aussprache über die politische Situation.
- 52. Vst. Charlottenburg. 8 Uhr Funktionärversammlung bei Sebr. Kaiserin-Augustastr. 32.
- 123. Vst. Reinickendorf. 1/2 8 Uhr Funktionärversammlung im Jugendheim, Köllnstr. 25.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 28. Vst. Unter Genosse Otto Petersdorf, Oberberger Str. 27, ist am 2. September im Bismarck-Krankenhaus verstorben. Die Einäscherung findet Freitag, den 7. September, nachmittags 3 Uhr, Reichstraße 301.
- 47. Vst. Unter alter Parteigenosse Gustav Steinke, Rannauerstr. 7, ist gestern einem schweren Leiden erlegen. Die Einäscherung findet Sonnabend, den 8. September, vormittags 11 1/2 Uhr, in Baumhaldenweg 301.

Wetter bis Sonnabend mittag. Nach kurzer Aufbesserung wieder Trübung und besonders an der Küste leichte Regengüsse. Temperatur wenig verändert, aufsteigende, zwischen Südwest und Nordwest schwankende Winde.

Verantwortlich für Volltext: Richard Deunhein, Berlin-Mitteleck; Volltext: Max Saterstra, Friedrichshagen; Gemeindefortschreibung: Friedrich Glaser, Berlin; Reichsleiter: A. B. Höger, Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Fritz Karschütz, Wilmersdorf; Anzeigen: H. Glaser, Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 5, Seite 1 Seite 2.

Theater Lustspiele
u. v.
Volkshäuser
7 1/2 Uhr: Und das Licht scheitert in der Finsternis
Lessing - Th.
7 1/2 Uhr: Bürger Schippek Sonnab. u. Sonntag 7 1/2 Uhr: Wie es euch gefällt
Deut. Künstler - Th.
Abend 7 1/2 Uhr: Der Fürst v. Pappenheim
Theater i. d. Königgrätzer Str.
7.30. Aus dem Leben der Insekten
Berliner Th.
7 1/2 Uhr: Süß Susi
Volksbühnen-Theater
7 1/2 Uhr: Die große Nacht
Rennen zu Grunewald
Freitag, d. 7. September nachm. 2 Uhr

UFA-PALAST AM ZOO
Nur noch wenige Tage!
SODOM und GOMORRHA
Regie: Michael Kertesz Hauptdarsteller: Lucie Doraine
Wochentags 1/2 7 u. 9 Sonntags 4, 1/2 7 u. 9
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr.
Ehren- und Freikartien ungtülig.
Metropol - Varietä
Behrenstr. 54
10 Schläger
Berliner Bockbrauerei
Belle-Alliance-Ecke Fiedrichstraße. Jeden Dienstag, Freitag, Sonntag. Erstklass. Kabarett. Anfang 8 Uhr
Schokoladen
Neu eröffnet
Günther & Co. Alexanderstraße 28. E. Kaiserstr.

UFA-PALAST AM ZOO
Nur noch wenige Tage!
SODOM und GOMORRHA
Regie: Michael Kertesz Hauptdarsteller: Lucie Doraine
Wochentags 1/2 7 u. 9 Sonntags 4, 1/2 7 u. 9
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr.
Ehren- und Freikartien ungtülig.
Metropol - Varietä
Behrenstr. 54
10 Schläger
Berliner Bockbrauerei
Belle-Alliance-Ecke Fiedrichstraße. Jeden Dienstag, Freitag, Sonntag. Erstklass. Kabarett. Anfang 8 Uhr
Schokoladen
Neu eröffnet
Günther & Co. Alexanderstraße 28. E. Kaiserstr.

Im Hinblick auf die gegenwärtigen außergewöhnlichen Verhältnisse und die dadurch bedingte Arbeitsüberlastung sind wir in unserem gesamten Geschäftsverkehr nicht in der Lage, für etwaige durch verzögerte Ausführung erwachsende Nachteile einzustehen. Eine Haftung für Geldentwertungsschaden können wir in keinem Falle übernehmen.
Berlin, im September 1923.
Berliner Handels-Gesellschaft S. Bleichröder
Commerz- und Privat-Bank A.-G.
Darmstädter und Nationalbank K. a. A.
Delbrück Schickler & Co. Deutsche Bank
Direction der Disconto-Gesellschaft
Dresdner Bank J. Drayfus & Co.
Hardy & Co. G. m. b. H. Mendelssohn & Co.
Mitteldeutsche Creditbank

Die Eisenbahnkatastrophe von Wunstorf.

18 Tote, 8 Schwerverletzte, 11 Leichtverletzte.

Während das Herz ganz Deutschlands in Mitleid für das so furchtbar betroffene Volk der Japaner schlägt und während doch gleichzeitig auch die Herzen unseres Volkes von den immer bedrohlicher und immer unerträglicher werdenden wirtschaftlichen Zuständen Tag und Nacht strapaziert werden, überfällt uns die Kunde von einem abermaligen gräßlichen Eisenbahnunglück, das sich diesmal unweit Hannover zgetragen hat. Übermäßig, weil nur erst ein Monat seit dem furchtbaren Eisenbahnunglück bei Kreierfen vergangen ist, das nach immer der Aufklärung harret. Das neue Eisenbahnunglück stellt sich, wie wir bereits meldeben, als außerordentlich schwer heraus. Wir sind es gewohnt, ohne viel Nachdenken von unseren Eisenbahnbeamten ein Höchstmaß von Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit zu verlangen. Hunderttausende von Menschenleben sind täglich in die Hände der Männer auf der Maschine und der Männer im Stellwerk gelegt. Und wer sich heute einem Eisenbahnzug anvertraut, der tut es immer in dem ganz ruhigen Gefühl, daß ihm bei der Zuverlässigkeit der Beamten und dem tadellosen Funktionieren der ausgezeichneten Apparate nichts passieren könne. Und nun innerhalb ganz kurzer Zeit in Deutschland zwei Eisenbahnkatastrophen mit Entsetzen erregenden Folgen, die in unendlich viel Familien Trauer und Not gebracht haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch dieses neue Eisenbahnunglück das Vertrauen in die Zuverlässigkeit unserer Beamten nicht wird erschüttern können, aber ebenso selbstverständlich ist es auch, daß das Sicherheitsgefühl, mit dem man sich bisher der Eisenbahn anvertraut hat, im Schwanken ist. Besonders die Bevölkerung von Groß-Berlin wird aus diesem Anlaß zu der Frage berechtigt sein: Sind die gesamten Einrichtungen der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen trotz der zweifellos vorhandenen starken Abnutzung des Wagen- und Maschinennaterials noch immer so auf der Höhe, daß die Sicherheit für die Fahrgäste unbedingt gewährleistet wird? Sind die Jüge, besonders die über die Stadtbahn und die mit Fernzügen auf einem Gleis fahrenden bei Tag und Nacht so gesichert, daß sich ihnen die Berliner Bevölkerung in aller Ruhe nach wie vor anvertrauen kann? Davon abgesehen, bedarf das neue Unglück bei Hannover einer schleunigen weitgehenden Aufklärung, damit nicht die noch geordnete Unruhe weiter um sich greift.

Die Toten und Schwerverletzten.

Die amtliche Mitteilung über das Unglück lautet: Am 6. September 1923 nachts 3.55 Uhr stieß in Kilometer 14,5 der Strecke Hannover-Wunstorf vor Block Lohnde der D 10 Berlin-Bahn (ab Berlin Schlesischer Bahnhof 10 Uhr abends) auf den vor dem Blocksignal haltenden D 138 Dresden-Bentheim (Holland) (ab Dresden 7,13 abends) auf. Vom D 138 sind die drei letzten Wagen stark, vom D 10 Lokomotive und Packwagen leicht beschädigt. 18 Reisende sind tot, 8 schwer und 11 leicht verletzt. Die Aufräumarbeiten werden am Nachmittag beendet sein. Die Toten sind nach der Leichenhalle des Döhrener Friedhofs in Hannover übergeführt worden. Die Verletzten befinden sich im städtischen Krankenhaus Nr. 1 in Hannover. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Unter den Toten sind ermittelt:

- 1. Kaufmann Hans Präh, Berlin, Bernburger Straße 32; 2. Kaufmann Heinrich Strauß, Frankfurt a. M., Gallussanlage 8; 3. Kaufmann Kupfermann, Magdeburg; 4. Kaufherr Franz Sianek, Wien 3, Dianengasse 6; 5. Kaufmann Erich Bolle, Berlin W. 10, Tiergartenstr. 29; 6. Zollassistent Fritz Kubitsch, Meppen; 7. der Holländer J. E. J. van Kempen, Leyden; 8. Oberkanonier Fritz Schumann, Jülich; 9. Kaufmann Hugo Rehlen, Berlin; 11. der Holländer K. Köbel, Arnheim, Avingelhof 59; 12. ein Angehöriger des Verkehrsverbundes aus Hannover, dessen Name noch nicht festgestellt ist.

Unter den nicht festgestellten Toten befinden sich sechs weibliche Leichen, darunter die von zwei Holländerinnen. Ein Kaufmann Erich

Bolle, Berlin, Tiergartenstr. 29, der unter den Toten aufgeführt worden war, ist wohlbehalten in Berlin.

Schwer verletzt sind: 1. Kraftfahrer Friedrich Schulz, Münster-Westfalen, Kraftfahrereileitung 6; 2. Reisender Jakob Krümmann, Düsseldorf, Himmelgeisterstraße 104; 3. Kaufmann Walter Reising, Magdeburg, Breiter Weg 250; 4. Friedrich Johann Lübot, Leyden-Holland; 5. Van Arlima, Leißling bei Weisenseis; 6. Hugo Fiedler, Handlungsgehilfe, Münster-Westfalen, Weidenbeutel 3; 7. Gerhard Knappers, Rotterdam, Melching, Lübot, Arlima und Knappers sind sehr schwer verletzt. 8. Franz Suerra, Tschekoslowakei.

Bericht eines Augenzeugen.

Ein Augenzeuge berichtet von dem Unglück folgendes:

Wir sahen im vorliegenden Wagen des Amsterdamer Schnellzuges, als das Unglück passierte. Unser Zug, der offenbar das Durchfahrtsignal noch nicht erhalten hatte, fuhr ganz langsam, als plötzlich ein furchtbarer Krach erfolgte. Das Abteil, in dem ich saß, war das letzte des Durchgangswagens, der von dem nachfolgenden Wagen senkrecht in die Höhe gehoben wurde. Als ich zur Besinnung kam, machte ich eine Tür auf und schrie um Hilfe. Man stellte mir eine Leiter an den Wagen, und so wurde ich gerettet. Der Anblick, der sich mir bot, war furchtbar. Aus meinem Wagen wurde nach vierstündiger Arbeit ein Mitreisender, der im ersten Abteil ganz unten lag, fast unverletzt befreit. Er war mit seinen Nerven vollständig zusammengebrochen. In ähnlicher Weise schilderten andere Mitreisende den Vorgang des Unglücks.

Ueber die Schuldfrage an dem Eisenbahnunglück bei Hannover verläutet noch nichts Genaues. Der Präsident der Reichseisenbahndirektion Hannover war heute mittag selbst am Orte des Unglücks, um die weitere Untersuchung in die Hand zu nehmen.

Der neue Betriebsplan der Straßenbahn.

Betriebsumstellung lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Die neue Straßenbahngesellschaft entwickelte gestern nachmittag in einer Sitzung, in der ausfallenderweise der Verkehrsdezernent Baurat Adler nicht anwesend war, ihr neues in der Stadtverordnetenversammlung und auch sonst bereits stark angefeindetes Verkehrsprogramm. Direktor Lüdtke stellte fest, daß das Unternehmen täglich einen Fehlbetrag von 90 Milliarden habe. Man hoffe, in Zukunft den Etat balancieren zu können, wenn auch im Anfang die Stadt noch werde Zuschüsse leisten müssen.

Dann behandelte Prof. Dr. Giese, der bekannte Verkehrstechniker, des Berliner Verkehrsproblem von der wirtschaftlichen und der technischen Seite. Einleitend betonte er, daß ein verarmtes Land sich nicht irgendeinen Verkehrsursprung gestatten könne, daß vielmehr Wirtschaftspolitik und Verkehrspolitik Hand in Hand gehen müssen. Im Berliner Spezialfall müsse man sogar der Wirtschaftspolitik auf Kosten eines bequemen Verkehrs den Vortzug geben. Berlin besitze im Augenblick ein viel zu ausgebehnies Straßenbahnnetz, denn auf jeden gefahrenen Wagenkilometer könne man nur vier Fahrgäste rechnen, während schon im Frieden 4,2 Personen auf jeden Verkehrskilometer gerechnet werden müßten. Es sei notwendig, jetzt den Verkehr so zu gestalten, daß pro Kilometer mindestens 5 Fahrgäste befördert werden müssen. Auf die verkehrstechnische Seite der Frage eingehend, stellte der Vortragende fest, daß man mit dem System der Parallellinien durch einzelne Straßen reiflos aufgeräumt habe. Man habe das Prinzip, nur wenig Linien in Betrieb zu lassen, dafür aber eine dichte Zugfolge zu schaffen. Jeder Außenbezirk sei durch eine Linie mit der Innenstadt verbunden. Dieses System der wenigen Linien habe freilich den Nachteil, daß man nicht wie früher von jedem Verkehrschnit-

punkt nach jedem gewünschten Ziel gelangen könne. Um hier den Ausgleich zu schaffen, habe die Gesellschaft sich entschlossen, den

Umsteigeverkehr

einzurichten. Die Zugfolge auf allen Linien soll 15 Minuten, nur auf Linie 1 (Stadtring) 7½ Minuten betragen. In den Außenbezirken werden an die Hauptlinien Einmannwagen angehängt. In den Vororten mit starkem Verkehr soll die Zugfolge 30 Minuten, in Cöpenick eventuell 60 Minuten betragen. Ziel des Verkehrsplanes ist es, täglich 100 000 Kilometer zu fahren und dabei 500 000 Personen zu befördern. Neben dem Umsteigeverkehr wird auch ein einfacher Fahrchein für eine Linie ausgegeben, der 10 Proz. billiger ist als der Zweiklassenfahrchein. Die Monatskarten werden beibehalten.

In Zukunft verkehren folgende Linien: 1 (Stadtring), unveränderte Linienführung; 3 (Großer Ring), Bereinigung der jetzigen Ringlinien 3 und 5; 4 (Ostwestring), Linienführung wie jetzt; 7 (Westring) in der früheren Form; 13 (Koglawskystraße-Schlesischer Bahnhof); 28 (Lager-Brig); 52 (Reimendorfer-Charlottenstraße); 41 (Reimendorfer-Baumwallstraße); 44 (Friedenau-Görlicher Bahnhof); 47 (Niederhörsinghauser-Brig); 54 (Kupfergraben-Westend); 57 (Schönhäuser Allee-Emser Platz); 80 (Weisensee-Schöneberg); 84 (Sophie-Charlotte-Platz-Hohenschönhausen); 69 (Friedenau-Lichtenberg); 72 (Alexanderplatz-Brenzlauer Promenade); 74 (Kupfergraben-Steglitz); 78 (Halensee-Frankfurter Allee); 83 (Kohlisdorf-Wendenschloß); 84 (Friedrichshagen-Wilhelmside); 87 (Steglitz-Treptow); 91 (Wilmersdorf-Wilhelmsdamm-Görliger Bahnhof mit anschließendem Einmannwagenbetrieb Wilmersdorf-Halensee-Westfälische Straße); 98 (Neußölln-Leupziger Straße-Stemensstadt); jeder zweite Wagen bis Neußölln-Wilmersdorf, Linienführung unverändert; 99 (Mariendorf, Lichtenrader Chaussee-Badstraße); 120 (Spandau-West-Henningsdorf), Benzolbetrieb unverändert.

Das Unternehmen wird, nachdem zur Umstellung am Sonntag, den 9. d. M., der Betrieb geruht hat, am Montag, den 10., den Betrieb nach Möglichkeit in dem vorgesehenen Umfang aufnehmen. Die ab Montag geltenden Fahrpreise werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben.

Protestkundgebung der Geschäftsräummieter.

Anlässlich der außerordentlich gefährdeten Wirtschaftslage, die durch die Aufhebung des Mieterschutzes für die Mieter von Geschäfts- und Industrielokalen herbeigeführt worden ist, hatte der Schutzverband der Arbeits- und Geschäftsräummieter am gestrigen Donnerstag nachmittag eine Protestkundgebung veranstaltet. Der richtige Raum der Stadthalle in der Klosterstraße erwies sich als viel zu klein, um alle Erschienenen aufzunehmen. Das Referat hielt der Syndikus des Verbandes, Rechtsanwalt Hans A. Meyer. Der Redner schilderte vom juristischen Standpunkt aus das Ungehörliche des am 4. August geschlossenen Gesetzes. Es erkannte drei Gruppen von Gewerbetreibenden an, von denen allerdings nur die ersten beiden Gruppen, die in gewerblichen Räumen, oder aber in gemieteten Häusern ihr Geschäft oder Fabrik haben, betroffen werden. Die dritte Gruppe seien Mieter, die nicht gewerblich tätig sind. Der folgende Redner, der Geschäftsführer des Schutzverbandes, Albert Meyer, schilderte dann vom kaufmännischen Standpunkt aus die Gefahr, die dieses neue Gesetz für die Berliner Gewerbetreibenden in sich birgt. Es sei nur der Anfang zur Aufhebung des Mieterschutzes. Das Ministerium für Volkswirtschaft, Schöne nicht zu wissen, daß die Kaufmannschaft, von der man so enorme Opfer und Steuern verlange, durch diesen Erlaß in ihrer Existenz gefährdet werde. (Stürmischer Beifall.) Zugunsten einer kleinen Gruppe von östlichen und westlichen Einwohnern (Bosnier, Russen und Holländer), die die Grundstücke zu Scheuderpreisen an sich gebrocht, vernichte man zahllose Gewerbetreibende. Nach weiteren Ausführungen in ähnlichem Sinne wurde eine Entschließung angenommen, in der schärfster Protest erhoben wird gegen die Ministerialverordnung. Die Versammlung wählte zur Durchführung dieser Entschließung einen besonderen Ausschuss.

Einsparungsgebühr 40 Millionen Mark. Der Ausschuss für das Wahl- und Beistattungswesen teilt mit: Infolge der weiteren Erhöhung der Löhne und Rohpreise ist die Einsparungsgebühr mit Wirkung vom 10. September 1923 ab auf 40 Millionen Mark festgelegt worden.

Jubiläum. Der Hofmeister Otto Koeselitz und seine Gattin feiern heute das Fest der goldenen Hochzeit; Genosse Will Detslow und Frau ihre Silberhochzeit.

Kilian.

Roman von Jakob Böhmer.

Da hörte er, wie sie zu jemand sagte: „Es tut mir leid, Madame, heute nicht, es gibt ein Gewitter.“

„Wo denn?“ lachte eine fremde Stimme. „Und dann ist auch der Motor defekt.“ erklärte Frau Favre.

Kilian trat vor das Bootshäuschen. Die Fremde mit dem blauen Hutkleid war da.

Sie erblickte Kilian, tat einen Schritt auf ihn zu und fragte: „Kann man wirklich nicht mit dem Motorboot hinaus?“

„Aber warum denn nicht?“ entgegnete Kilian, die Mühe in der Hand.

„Aber Bill, sehen Sie denn nicht, es kommt doch ein Gewitter!“ sagte Frau Favre.

„D, wegen dem...“

„Und dann ist doch auch der Motor...“

„A, das macht gar nichts; kommen Sie nur, mein Fräulein!“

Frau Favre ließ ein paar Schritte hinter den beiden drein, wollte noch irgend etwas einwenden, aber es fiel ihr nichts ein. Sie verwarf ein paar mal die Hände und blieb dann ziemlich unglücklich stehen.

Kilian aber fuhr allein mit der schönen Fremden auf den See hinaus. Und sie waren noch nicht sehr weit draußen, so sahen sie schon dicht beieinander. Das sah Frau Favre deutlich durch ihr Fernglas. Freilich rannen ihr gleich ein paar Tränen, so daß sie nichts mehr erkennen konnte. Sie ließ das Glas verzweifelt sinken und stönte: „Welch ein Schuft!“

Als sie das Schifflein wieder suchte, fand sie es nicht mehr.

Dieses aber stieg über die ziemlich bewegte Seefläche dahin, und der Motor stampfte mit jener beschwingten Leidenschaft, welche dieser trefflichen Maschine innewohnt. Die Savonnerberge ragten in einen weißlichen Himmel, vor dem Rhoneloos gegen das Wallis lagerte ein schwarzes Wolkenungeheuer, und gegen Duzha schichteten sich Regenwände, die tief unten silbergrau wie Felsblöcke blühten, nach oben zu im Gelb einer angeknittenen Zitrone aufleuchteten und dem in unbestimmtes Weißgrau sich verloren. Auf der Wasserfläche wechselte das Licht beständig, und manchmal schien das Boot durch flüssiges Gold, manchmal durch mattes, im nächsten Augenblick erstarrendes Blei zu fahren.

Die Dame hatte Kilian gebeten: „Würden Sie mir die Handgriffe für Motor und Steuer erklären?“

„Bitte!“

Sie hatte sich an keine Seite gesetzt, und es hatte sich gezeigt, daß sie die Sache sofort los hatte. Als er sein Erstaunen äußerte, sagte sie: „Ich bin früher sehr viel Automobil gefahren.“

„Sehr viel früher kann das kaum gewesen sein.“ lächelte Kilian.

„Warum?“

„Weil die Dame noch sehr jung ist.“

Sie warf den Kopf ein wenig auf die Seite und zog die Brauen hoch. Dies hieß: eine billige Schmeichelei. Sie fragte: „Sehr lange sind Sie noch nicht Bootsknecht?“

„Rein, warum?“

„Weil der Herr noch sehr, sehr jung ist.“ Sie lachte. Er wurde rot. Aber sie sagte: „Rein, nein, es interessiert mich: Sind Sie schon lange in Genf? Und vorher, wo waren Sie? ... Und vorher?“

Sie führte das Steuer, regelte den Gang des Motors und tat Frage auf Frage. Er prüfte jede ihrer Bewegungen und gab Antwort. Er verwunderte sich nicht, und es schien ihm selbstverständlich, daß die vornehme Dame sich nach seinem Leben erkundigte. Nur, als sie die Frage tat: „Und Ihre Eltern? Wo sind sie?“ stockte Kilian.

„Nun, wo ist Ihr Vater?“ ermunterte sie.

„Gestorben.“

„Wo?“

„Im — — — Zuchthaus!“

„Gentleren Sie sich nicht.“ sagte die Dame. „mein Vater ist zwar nicht im Zuchthaus gestorben, nie drin gewesen, aber... es war nicht seine Schuld. Was hat Ihr Vater denn Böses begangen?“

„Eingebrochen.“

„Reiner war Millionär. Ich glaube, das ist schlimmer.“

„Ihre Mutter?“

„Auch tot.“ sagte Kilian.

„An was ist sie gestorben?“

„Man sagt erfroren. Sie war an einem Abendst, wo Schnaps getrunken wurde. Am Morgen fand man sie tot im Bach.“

„Sie haben Geschwister?“

„Drei. Zwei sind an der Schwindsucht verendet. Der dritte ist in einer Anstalt.“

„Sie stammen ja aus einer netten Familie!“ sagte die Dame unter zusammengebissenen Zähnen hervor. „Aber wenn Sie meinen, es sei ein ganz besonderes Unglück, als Kind armer Leute zur Welt zu kommen, so muß ich Ihnen sagen, daß man auch als Sprößling sehr begüterter Eltern

verschiedenes erleben kann. — Mein Vater hat seine Millionen mit der Herstellung und dem Verkauf von Schnaps verdient. Denken Sie, das sei keine Schande? — Was für ein harmloser Sünder ist Ihr Vater, der vielleicht eine Tür einsprengte und einige Banknoten einsteckte, gegenüber meinem, der sich davon bereichert, daß die Leute den Verstand verkaufen!“

Kilian starrte der Fremden verblüfft ins Gesicht. Sie fuhr erregt fort: „Oder denken Sie, es ist ein besonderes Glück, eine Mutter zu haben, die ihr Leben lang keinen Streich arbeitet und deren Existenzberechtigung darin besteht, etwas vorzustellen? — Es ist nicht getan mit der ewigen Schwarzmalerei der Armut! — Es ist nicht getan mit der Abschaffung des sozialen Elendes. Es gibt etwas, das alle quält, reich und arm: der Hunger nach Menschen. Der Hunger nach wahrhaftigen, tauglichen — zur Liebe tauglichen Menschen! Glauben Sie das?“

Kilian war ganz verwirrt. Er stammelte: „ich... ich glaube, daß die Reichen glücklich wären! Aber die Menschen wissen wohl zu wenig voneinander.“

„Da haben Sie recht.“ sagte die Fremde und sah Kilian freudig in die Augen. „Aus dem Hunger nach Menschen bin ich Anarchistin geworden!“

„So, so? Seit wann?“ fragte Kilian, der sich gar nicht in der Gewalt hatte.

„Seit zwei Jahren.“ entgegnete die Fremde und lachte. „Und vorher...“

„Vorher?“ Sie lachte wieder, dann sah sie ihn noch einmal mit einem tiefen Blick an und fuhr fort, „vorher war ich einige Zeit die Frau eines Großaktionärs und nachher die eines Obergerichtspräsidenten. Als er eines Tages mit seinem Stiefenscheid einen zwanzigjährigen zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte, bin ich ihm burtgebrannt.“

„Was Sie nicht sagen!“

„Meine Eltern fanden es nun für richtig, mich zu verheiraten, und ich habe als Schreibmaschinenfräulein, Kontoristin, Bureauvorsteherin das herbe Schicksal der selbständig erwerbenden Frau durchgemacht. Ich habe Tag um Tag die mit nichts begründete Zurücksetzung der Frau erfahren. Je tüchtiger eine Frau im Beruf war, um so verhaßter machte sie sich bei den männlichen Kollegen. Sie war immer nur die Konkurrentin, die Vorweckerin, die Feindin. Nicht die Mitarbeiterin, die Helferin! — Und wenn man die armen Schänder sah, wie sie um ihren Lohn bangten, begriff man es wohl. — Es klappte nicht in dieser Wirtschaft! Man mußte Anarchistin werden und da...“

(Fortsetzung folgt.)

